

Georg-Eckert-Institut BS78



1 170 642 2

Inhalt [Rheinland-Pfalz]

	Seite
1. Fachdidaktische Konzeption	238
2. Didaktische Prinzipien	240
3. Methoden und Sozialformen	242
4. Hinweise zur Umsetzung des Lehrplans im Unterricht	242
5. Die Formulierung der Lernziele	243
6. Schularten und Schulformen für die Sekundarstufe I	245
Ministerium für Bildung und Kultur	247
Klasse 7	248
Klasse 8	259
Klasse 9	271
Freiwiliges 10. Schuljahr	287
Lehrplanteil Realschule	287
Klasse 9	288
Klasse 10	300
Lehrplanteil Gymnasium	323
Klasse 9	324
Klasse 10	331

Lehrplanentwurf

SOZIALKUNDE

(Klassen 7 – 9/10)

Hauptschule

Realschule

Gymnasium

[ca. 1992]

Georg-Eckert-Institut
für internationale
Schulbuchforschung
Braunschweig
-Schulbuchbibliothek-

96/1757

Z-V RP

S-7(1992)

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Fachdidaktische Konzeption	239
2. Didaktische Prinzipien	240
3. Methoden und Sozialformen	242
4. Hinweise zur Umsetzung des Lehrplans im Unterricht	242
5. Die Formulierung der Lernziele	243
6. Schulartübergreifendes Konzept für die Sekundarstufe I	245
Lehrplanteil Hauptschule	247
Klasse 7	248
Klasse 8	259
Klasse 9	271
Freiwilliges 10. Schuljahr	282
Lehrplanteil Realschule	287
Klasse 8	288
Klasse 9	303
Klasse 10	310
Lehrplanteil Gymnasium	323
Klasse 9	324
Klasse 10	345

249	1 Fachdidaktische Konzeption
250	2 Didaktische Konzeption
252	3 Methoden und Gestaltungsmittel
252	4 Hinweise zur Umsetzung des Lehrplans im Unterricht
253	5 Die Formulierung der Lernziele
253	6 Schülerorientierte Konzepte für die Unterrichtsstunde 1
257	Lehrplänelemente
257	Klasse 7
259	Klasse 8
271	Klasse 9
282	Fachwissen 10 Schuljahr
287	Lehrplänelemente
287	Klasse 8
303	Klasse 9
310	Klasse 10
323	Lehrplänelemente
324	Klasse 9
325	Klasse 10

1. Fachdidaktische Konzeption

Das Verständnis von politischer Bildung, das dem Lehrplan für das Fach Sozialkunde zugrundeliegt, kann so umschrieben werden:

- Sozialkunde ist Politikunterricht; das Politische ist der facheigene Aspekt der verschiedenen Unterrichtsinhalte.
- Politisch heißt alles Handeln, das auf gesamtgesellschaftliche Regelungen zielt, solche Regelungen beabsichtigt oder beeinflussen will. Zum Verständnis von Politik gehört auch die Einsicht in die politische Relevanz primär nichtpolitischer sozialer Bereiche, Gebilde und Handlungen.
- Politische Bildung muß in der Formulierung ihrer Ziele die Vielfalt und Vielschichtigkeit gesellschaftlicher Werte und Normen beachten.
- Politische Bildung orientiert sich an dem Menschenbild, auf das sich die Grundrechte des Grundgesetzes beziehen und das auf einem Verständnis des Menschen im Spannungsfeld von individueller Freiheit und sozialer Verantwortung beruht.
- Politische Bildung muß versuchen, die grundlegenden Wertbezüge der Verfassung (Artikel 1 und 20 GG) interpretierend dem Verständnis der Schülerin / des Schülers als Hilfe zur Selbstbestimmung in sozialer Verantwortung zu erschließen.
- Politische Bildung versteht daher Politik als die ständig neu gestellte Aufgabe, menschliches Zusammenleben in Freiheit, Frieden, Gerechtigkeit und Verantwortung für Natur und Umwelt zu gestalten, zu ordnen und zu gewährleisten; sie mißt konkrete Politik an diesem Verständnis.

Die Inhalte politischer Bildung beziehen sich auf Bedingungen und Möglichkeiten politischen und sozialen Handelns. Die einzelnen Themen ergeben sich aus politischen, ökologischen und sozialen Zielvorstellungen, aus ökonomischen Strukturen und aus gesellschaftlichen Auswirkungen. Der Unterricht soll in der Auseinandersetzung mit konkreter und aktueller Politik, mit ihren Konflikten und Problemen der Schülerin / dem Schüler Grundwerte und Strukturprinzipien der Verfassung als Orientierungshilfen und als Maßstäbe des Urteilens verständlich und verfügbar machen. Politische Bildung zielt also auf kritikfähige Identifikation mit den Werten und Normen der Verfassung auf der Basis rationalen Urteilens.

Allgemeines Ziel politischer Bildung ist die Vermittlung der Fähigkeit und Bereitschaft zur politischen Beteiligung und zum politischen Handeln durch möglichst unvoreingenommene Information, gewissenhafte Urteilsbildung und verantwortliche Entscheidung nach Maßgabe des Grundgesetzes (Menschenwürde, Demokratie, Rechts- und Sozialstaatlichkeit).

Im Rahmen dieses Verständnisses politischer Bildung wurden die nachstehenden allgemeinen Qualifikationen für das Fach Sozialkunde in der Sekundarstufe I entwickelt. In ihnen drückt sich die pädagogische Grundorientierung aus, Bildung als Fähigkeit und Bereitschaft zur Selbstbestimmung, zur Mitbestimmung und zur Solidarität aufzufassen:

1. Fähigkeit und Bereitschaft, eigene Interessen, Rechte und Pflichten selbstbestimmt und in sozialer Verantwortung wahrzunehmen.
2. Fähigkeit und Bereitschaft zur Orientierung, Urteilsbildung und Selbstbehauptung und zur Kommunikation in der weitgehend durch Medien bestimmten Öffentlichkeit.

3. Fähigkeit und Bereitschaft zur Teilnahme und zur angemessenen Wahrnehmung und Vertretung von Interessen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt unter Berücksichtigung ökologischer, sozialer und ökonomischer Fragestellungen.
4. Fähigkeit und Bereitschaft, sich für die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in regionalen und globalen Zusammenhängen einzusetzen.
5. Fähigkeit und Bereitschaft, für eigenes und fremdes Recht einzutreten und Formen rechtlich geordneter Konfliktregelung zu praktizieren.
6. Fähigkeit und Bereitschaft, die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland auf ihre demokratische Legitimation und ihre konkrete Ausformung hin zu überprüfen.
7. Fähigkeit und Bereitschaft, einen individuellen Beitrag zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Andersdenkenden, gegenüber Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kulturen und gegenüber gesellschaftlichen Minderheiten zu leisten und friedlich und verständnisbereit mit ihnen zusammenzuleben.
8. Fähigkeit und Bereitschaft, Interessen in den internationalen Beziehungen zu erkennen und abzuwägen, für friedliche Konfliktlösungen auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit, des Völkerrechts, der Menschenrechte und der internationalen Zusammenarbeit einzutreten und individuelle Verantwortung zu übernehmen.

Diese Qualifikationen beschreiben die Fähigkeiten und Haltungen, die die politisch mündige Bürgerin / den politisch mündigen Bürger kennzeichnen. Sie verstehen Politik als ergebnisorientierte Auseinandersetzung auch konkurrierender Interessen. Sie umschreiben politische Grundbildung, die Schule in wesentlichen Teilen vermitteln will, und umfassen

- den Erwerb grundlegender Kenntnisse
- das Erlernen fachmännischer Methoden, um die politisch-gesellschaftliche Wirklichkeit zu erschließen
- die Fähigkeit, politische Sachverhalte zu analysieren und zu beurteilen
- die Fähigkeit, in Alternativen zu denken
- den Aufbau von Haltungen und die Identifikation mit Werten, die für die politische Beteiligung in der Demokratie wichtig sind
- den Aufbau einer Handlungskompetenz, die Politik als Aufgabe für jede Bürgerin und für jeden Bürger versteht.

2. Didaktische Prinzipien

2.1 Schülerorientierung

Der Unterricht in Sozialkunde muß von den konkreten Fragen und Problemen ausgehen, die aus dem Lebens- und Erfahrungsbereich der Schülerin / des Schülers stammen und zugleich von allgemeiner Bedeutung sind. Alltagserlebnisse und Eindrücke aus dem Bereich von Gesellschaft und Politik, oft durch Massenmedien vermittelt, müssen geordnet und in ihren Zusammenhängen erkennbar und verstehbar werden. Ziele und Inhalte des Unterrichts müssen so konkretisiert werden, daß die Schülerinnen und Schüler in altersgemäßer Form Lernprozesse mitplanen und mitgestalten können, selbständig Wege zu Lösungen finden, gefundene Ergebnisse anwenden, in bestehende Zusammenhänge einordnen oder auf neue Gegebenheiten übertragen können. Die Arbeit an konkreten und anschaulichen Beispielen ermöglicht zugleich Formen des entdeckenden und erforschenden Lernens.

2.2 Problemorientierung

Die Aufgaben und Ziele der Sozialkunde verlangen einen Unterricht, der über die bloße Vermittlung von Fakten hinausgeht. Er bleibt aber zugleich der Einsicht verpflichtet, daß Erkenntnisse nur über Kenntnisse erreicht werden. Ein problemorientierter Unterricht bevorzugt Situationen, Ziele und Inhalte, die den Schülerinnen und Schülern helfen, sich in politische Fragestellungen einzuarbeiten: Sowohl die gesellschaftlich definierten Probleme als auch die von den Schülerinnen und Schülern selbst artikulierten Problemstellungen müssen im Unterricht aufgegriffen werden. Dabei sind entscheidungsoffene Situationen in besonderem Maße für den Unterricht geeignet, da hier Politik als Prozeß erfahren werden kann. Aber auch die Beschäftigung mit vergangenen Situationen verliert nicht an Wert, da Bedingungen, Folgen und mögliche Auswirkungen getroffener Entscheidungen deutlich werden können. Lernen in authentischen oder auch simulierten Situationen eröffnet den Schülerinnen und Schülern eine Fülle von Möglichkeiten sowohl praktische, als auch emotionale und intellektuelle Fähigkeiten einzubringen, so daß Denken und Handeln aufeinander bezogen werden können.

2.3 Handlungsorientierung

Der Unterricht in Sozialkunde zielt auf kritisch denkende, selbständig urteilende und verantwortlich handelnde Bürgerinnen und Bürger in einer demokratischen Gesellschaft. Die Schülerinnen und Schüler können politisch-gesellschaftliches Handeln (z. B. aktive Teilnahme an Entscheidungsprozessen, Mitverantwortung, Mitbestimmung) nur begrenzt erproben; aber Formen und Verfahren des Unterrichts, die selbständiges Lernen und Arbeiten verlangen, können die angestrebte Handlungsfähigkeit fördern. Darüber hinaus sollen Sozialkundefachlehrerinnen und -lehrer unterstützen, daß Schülerinnen und Schüler ihre Mitwirkungsmöglichkeiten in der Schule aktiv wahrnehmen. So können theoretische Erkenntnis und praktische Anwendung aufeinander bezogen werden.

2.4 Auseinandersetzung mit kontroversen Standpunkten

Eine Auseinandersetzung mit kontroversen Standpunkten muß konstitutiver Bestandteil des Sozialkundeunterrichts sein. In unserer Demokratie sind die meisten politischen Gestaltungsaufgaben aufgrund unterschiedlicher Wertauffassungen und Sachinteressen umstritten. Politik kann daher als Auseinandersetzung von unterschiedlichen Standpunkten und Interessen verstanden werden; entsprechende Regelungen eröffnen die Einsicht in die Notwendigkeit von Kompromissen. Diesem strukturbedingten Merkmal von Politik entspricht das Prinzip des Denkens in Alternativen. Grundsätzliche politische und wissenschaftliche Kontroversen müssen offengelegt werden. Eine Indoktrinierung und Überwältigung der Schülerinnen und Schüler ist unter allen Umständen zu vermeiden.

2.5 Wissenschaftsorientierung

Das Fach Sozialkunde orientiert sich an den Bezugswissenschaften Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaften und Rechtswissenschaften, berücksichtigt aber auch Erkenntnisse anderer Wissenschaften. Neben der Orientierung am wissenschaftlich bewirkten Erkenntnisfortschritt sollte der Unterricht den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, elementare wissenschaftliche Methoden zu erlernen und sie anzuwenden.

3. Methoden und Sozialformen

Die Wahl der Unterrichtsmethode ist für Zielsetzungen und Inhalte des Unterrichts von grundsätzlicher Bedeutung. Bei den Zielen des Sozialkundeunterrichts müssen vor allem Methoden bevorzugt werden, die Selbsttätigkeit, Kooperationsfähigkeit und Selbstverantwortung fördern. Diese Methoden orientieren sich mehr am Lernen durch Erfahren als am Lernen durch Belehrung: die Schülerinnen und Schüler sollen von sich aus Fragen formulieren, Problemstellungen entwickeln, selbst Informationen beschaffen und auswerten, beurteilen, bewerten und weitergeben. Es muß in der Unterrichtspraxis deutlich werden, daß es ein konstitutives Element der Sozialkunde ist, miteinander zu reden.

Für den Sozialkundeunterricht sind daher folgende Methoden bedeutsam:

- Realbegegnung als Erkundung der schulischen und außerschulischen Wirklichkeit
- Untersuchung von Fallbeispielen als Nachvollzug von Entscheidungen und Lösungen in einem konkreten Fall
- Simulation von Wirklichkeit als Plan- oder Rollenspiel u. ä., in denen Konflikte und Entscheidungen nacherlebt und unterschiedliche Möglichkeiten einer Lösung erkannt werden können.
- Projekt als Möglichkeit fächerübergreifenden und nicht auf Schulstunden begrenzbares learning by doing; dabei sind Projekte, in denen Kontroversen eine wichtige Rolle spielen und deren Entwicklung noch nicht abgeschlossen sind, besonders zur Anwendung von Formen forschenden und entdeckenden Lernens geeignet.

Der Sozialkundeunterricht sollte die Chancen nutzen, Jugendbücher in den Unterricht einzubeziehen.

Es darf nicht verkannt werden, daß die schulischen Möglichkeiten und ein enger zeitlicher Rahmen der methodischen Entfaltung des Sozialkundeunterrichts Grenzen setzen. Ein auf ein Schulhalbjahr oder das gesamte Schuljahr bezogener Arbeitsplan mit eindeutigen Schwerpunktsetzungen und die Nutzung der Möglichkeiten einer Kooperation mit anderen Fächern können wirksame Hilfen sein, Methoden sozialen Lernens häufiger anzuwenden. Auf die Möglichkeiten, die der pädagogische Freiraum für die Entfaltung zielangemessener Methoden anbietet, sei hier verwiesen.

4. Hinweise zur Umsetzung des Lehrplans im Unterricht

Politische Bildung im Fach Sozialkunde erfordert eine sorgfältig abgestimmte Zusammenarbeit mit den Fächern Geschichte und Erdkunde. Einen eigenen Beitrag leisten auch die Fächer Deutsch, Religion, Arbeitslehre (Hauptschule), Wirtschafts- und Sozialkunde (Realschule) und Sozialpädagogik (Realschule). Die Organisation der Kooperation ist Aufgabe der Fachkonferenzen an jeder Schule.

An entsprechenden Stellen enthält der Lehrplan Hinweise auf Themen und Lernziele dieser Fächer. Darüber hinaus sind Hinweise und Beispiele für fächerübergreifenden Unterricht zusammengestellt. Dadurch sollen Bedeutung und Notwendigkeit einer Kooperation mit anderen Fächern dokumentiert werden. Der Sozialkundeunterricht kann nur bei Berücksichtigung seiner interdisziplinären Möglichkeiten didaktisch voll entfaltet werden.

Der Lehrplan Sozialkunde enthält verbindliche und unverbindliche Teile. **Verbindlich sind** die Themen, die Grundbegriffe und die ihnen zugeordneten Probleme bzw. Leitfragen.

Nicht verbindlich sind die Teillernziele, die Hinweise zur Methode und die zusätzlichen Hinweise zum Unterricht. Hier sollen Lehrerinnen und Lehrer je nach Schülerinteressen, Klassensituation und Aktualität auswählen und Schwerpunkte setzen.

Die Probleme/Leitfragen sind für das dem Lehrplan zugrundeliegende Verständnis politischer Bildung von zentraler Bedeutung. Die hier formulierten Fragen umfassen Grundfragen des Politischen, Aufgaben der Politik, die immer neu gestellt und beantwortet werden müssen. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen und Aufgaben erfordert sachgemäße Information, Denken in Alternativen und den Versuch, politische Urteile rational und wertbezogen zu begründen. Häufig sind diese Fragen durch Begriffspaare ergänzt. Diese Begriffspaare stehen in einem Spannungsverhältnis, das nicht eindeutig zugunsten des einen oder anderen Gestaltungsprinzips aufgelöst werden kann. Die Begriffspaare zeigen in der Regel zudem auf, wie das politische Problem begrifflich-kategorial gefaßt werden kann.

Die Grundbegriffe sollen der Lehrerin und dem Lehrer erleichtern, den Unterricht so zu strukturieren, daß eindeutige Schwerpunkte gesetzt und die Schüler und Schülerinnen genügend Zeit zum Lernen haben. Dadurch soll eine auf Vollständigkeit zielende Stoffvermittlung verhindert werden, damit der Bildungsprozeß nicht zum bloßen Auswendiglernen von abfragbarem Wissen verkommt. Das Grundwissen der politischen Bildung ist in den Problemen/Leitfragen enthalten und in den Grundbegriffen zusammengefaßt.

Die empfohlenen Teilziele stellen eine Anregung dar und sollten als schüler- und sachgemäße Schritte zur Auseinandersetzung mit dem jeweiligen Problem verstanden werden. Sie sind als Hilfe für Auswahl und Strukturierung der Ziele gedacht.

Die methodischen Anregungen geben Hinweise, wie die Lernziele an dieser Stelle des Lehrplans mit Hilfe fachimmanenter Methoden umgesetzt werden können.

Die zusätzlichen Hinweise für den Unterricht enthalten Beispiele für eine mögliche Vertiefung oder Weiterführung der hier genannten Ziele und Inhalte.

Die ausgewiesenen Stundenansätze stellen eine Empfehlung dar. Sie sollen sichern, daß alle Themen des Lehrplans im angemessenen Umfang behandelt werden. Sie bieten zugleich Freiraum, um aktuelle Ereignisse im Unterricht zu berücksichtigen oder solche Ereignisse als Anknüpfung und Motivation für die Behandlung von Themen des Lehrplans zu nutzen.

5. Die Formulierung der Lernziele

Die Formulierung der Lernziele folgt dem „Lernzielformulierungssystem“ des Glossars zur Lehrplanentwicklung in Rheinland-Pfalz (Kultusministerium Rheinland-Pfalz [Hg.]: Glossar zur Lehrplanentwicklung in Rheinland-Pfalz. Mainz 1977; Schriftenreihe Schulver- such und Bildungsforschung. Berichte und Materialien, Band 19; S. 77ff.)

Die folgende Übersicht soll helfen, eine Über- oder Unterforderung der Schülerinnen und Schüler durch unterschiedliche Interpretation der Lernziele und daraus resultierende unterschiedliche Leistungsanforderungen zu vermeiden.

Die Empfehlungen zur Arbeit in der Sekundarstufe I werden auf die größere Vernetzung des Faches Sozialkunde mit anderen Fächern vor allem mit Erdkunde und Geschichte hin-

Zielklassen

Wissen

Information

Einblick

Das aus der „ersten Begegnung“ mit einem Lerninhalt/Wissensgebiet erworbene Wissen.

Überblick

Systematische Übersicht nach Einblick in mehrere/alle Teilbereiche eines Lerninhalts/Wissensgebietes.

Kenntnis

Detaillierte Wiedergabe eines Lerninhalts/Wissensgebietes auf Grundgedächtnismäßiger Verankerung: Kenntnis setzt Überblick voraus.

Vertrautheit

Erweiterte und vertiefte Kenntnisse über einen Lerninhalt/ein Wissensgebiet mit detailliertem Wissen über einen Lerninhalt/ein Wissensgebiet.

Können

Operation

Fähigkeit

Das vom Vollzug einer Tätigkeit ausreichende Können.

Fertigkeit

Das durch reichliche Übung eingeschlifene, sichere Können.

Beherrschung

Ein sehr hoher, vielfältige Anwendungsmöglichkeiten einschließender Grad des Könnens.

Erkennen

Probleme

Bewußtsein

Die zum Weiterdenken erforderliche Grundstufe des Erkennens.

Einsicht

Die durch die Auseinandersetzung mit einem Problem erworbene Auffassung.

Verständnis

Die Ordnung von Einsichten und ihre weitere Verarbeitung zu einem begründeten Sach-/Werturteil.

Werten

Einstellungen

Bereitschaft

Die Haltung, die entsteht, wenn Werte vom einzelnen anerkannt und ihre Verwirklichung angestrebt wird.

Interesse

Weil jeder Unterricht Freude und Interesse am Fach/an der Fächergruppe wecken soll, werden im allgemeinen derartige Lernziele im Lehrplan nicht besonders erwähnt.

6. Schulartübergreifendes Konzept für die Sekundarstufe I

(Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Regionale Schule)

Das Grundkonzept des Lehrplans stimmt für Hauptschule, Realschule und Gymnasium überein. Gemeinsam sind in den drei Schularten der in den acht Qualifikationen beschriebene Zielhorizont, die meisten Themen und das Konzept eines Unterrichts, der politische Urteilsfähigkeit und Handlungsbereitschaft anstrebt.

Gemeinsam ist für alle drei Schularten auch die Berücksichtigung und Einarbeitung aktueller Gegenwartsprobleme und Zukunftsaufgaben:

- Politische Gestaltungsaufgaben im Zusammenhang mit der deutschen Einheit und dem europäischen Einigungsprozeß
- Realisierung der im Grundgesetz geforderten Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Gesellschaft
- Probleme und Chancen des Zusammenlebens von Deutschen und Ausländern
- Technische Veränderungen und ihre Folgen für Arbeitswelt und Freizeit
- Die Problematik des Umweltschutzes als globale Herausforderung
- Frieden und Friedenssicherung im Hinblick auf den sich auflösenden Ost-West-Gegensatz, auf Nationalitätenkonflikte und Unabhängigkeitsbestrebungen in Osteuropa und Asien.

Der Nord-Süd-Konflikt wird schwerpunktmäßig dem Erdkundeunterricht zugeordnet, wengleich zahlreiche Fragestellungen auch Gegenstand des Sozialkundeunterrichts sind.

Hauptschule, Realschule und Gymnasium streben diesen gemeinsamen Zielhorizont wegen der teils verschiedenen Ausgangsposition (Alter der Schülerinnen und Schüler, Lernvoraussetzungen, Fächerkanon der Schulart) in unterschiedlicher Weise an. Die schulartspezifischen Ausfaltungen der Themen unterscheiden sich im Hinblick auf Schwerpunktsetzungen, den inhaltlichen und zeitlichen Umfang und die damit verbundenen Anforderungsebenen der einzelnen Lernschritte. Unterschiede ergeben sich auch hinsichtlich der Differenziertheit der Betrachtung und dem empfohlenen unterrichtlichen Vorgehen.

In der Hauptschule ist der Bereich der Wirtschaft wie der der ITG dem Fach Arbeitslehre zugeordnet. Beim Thema „Jugendliche in sozialen Gruppen“ wird der Bereich der Aufgaben von Klassensprecherin/Klassensprecher zusätzlich bearbeitet, weil dieses Thema für Klasse 7 noch besonders relevant ist. In der Hauptschule fehlen zum Zeitpunkt der Behandlung des Themas „Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“ entsprechende historische Kenntnisse; hier wird deshalb ein breiter historischer Einstieg gewählt.

Da der Berufswahlunterricht in der Realschule verpflichtender Bestandteil des Sozialkundeunterrichts ist, werden die Themen 1 und 2 alternativ angeboten. Die Themen 1 und 2 werden im Wahlpflichtfach Sozialpädagogik, das Thema Wirtschaft und Umwelt im Wahlpflichtfach Wirtschafts- und Sozialkunde vertiefend behandelt.

Die Empfehlungen zur Arbeit in der Sekundarstufe I weisen auf die gebotene Vernetzung des Faches Sozialkunde mit anderen Fächern vor allem mit Erdkunde und Geschichte hin.

Eine Kooperation dieser Fächer ist nicht nur auf der inhaltlichen Ebene geboten, auch flexiblere Stundenansätze, die über den bisherigen Rahmen des Faches Sozialkunde als isoliertes Ein-Stunden-Fach hinausgehen, sind wünschenswert. Die Notwendigkeit epochalen Arbeitens sowohl im Verbund mit Erdkunde und Geschichte als auch durch Zuordnung des Gesamtstundenansatzes zu einem Halbjahr ist evident.

Als Beispiele und als Aufforderung zu einer Kooperation mit anderen Fächern sind im Rahmen des Lehrplans Sozialkunde in der Spalte „Methodische Anmerkungen“ konkrete Hinweise für fächerübergreifenden Unterricht formuliert. Im Anhang sind zusätzliche Möglichkeiten eines fächerübergreifenden Unterrichts besonders für die Fächer Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde exemplarisch unter Hinweis auf jeweilige Lehrplanbezüge zusammengestellt. Zu Beginn eines Schuljahres sollten die Fachkonferenzen die in Frage kommenden Projekte entsprechend den situativen Bedingungen der Schule und den Lernvoraussetzungen und -schwerpunkten der Klassen festlegen.

LEHRPLANTEIL HAUPTSCHULE

Themenübersicht

Klasse 7

	Zeitrichtwert
1. Thema: Jugendliche in sozialen Gruppen	7 Stunden
2. Thema: Erziehung und soziales Lernen in der Familie	8 Stunden
3. Thema: Politische Beteiligung in der Gemeinde, in der Region und im Land Rheinland-Pfalz	10 Stunden

Klasse 8

4. Thema: Umgang mit Massenmedien	6 Stunden
5. Thema: Recht und Rechtsprechung	5 Stunden
6. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland (Teil 1)	14 Stunden

Klasse 9

6. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland (Teil 2)	10 Stunden
7. Thema: Der Prozeß der europäischen Einigung	6 Stunden
8. Thema: Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik	9 Stunden

Freiwilliges 10. Schuljahr

1. Thema: Die Bundesrepublik Deutschland als Sozialstaat	12 Stunden
2. Thema: Politische Beteiligung im regionalen Raum	13 Stunden

1. Thema: **Jugendliche in sozialen Gruppen****Hauptschule**

Klasse 7

Zeitrichtwert: 7 Stunden

Problem / Leitfrage:

1. Was wird von Klassensprecherin und Klassensprecher erwartet?

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Rolle	<p>Einblick in die Entstehung von Konflikten und Kenntnis von Möglichkeiten ihrer rationalen Regelung</p> <p>Kenntnis von Anforderungen an Klassensprecher/in</p> <p>Kenntnis unterschiedlicher Rollen einer Klassensprecherin / eines Klassensprechers</p> <p>Überblick über die für die Klasse geltenden informellen und formellen Normen</p>	<p>Fallanalyse: Konflikt in einer Klasse</p> <p>Rollenspiel: Ein Klassensprecher / eine Klassensprecherin in einem Rollenkonflikt (Schüler/in; Ansprechpartner/in der Lehrer/innen)</p> <p>Aufschreiben / Erstellen einer Klassenordnung</p>	<p>SV-Richtlinien (Vgl. VV vom 30. 08. 1992, in: Amtsblatt Nr. 13/1992, S. 443–452)</p> <p>Rolle als Summe von Erwartungen Übernahme von Verantwortung durch Mädchen und Jungen</p> <p>Klassenordnung / Schulordnung Hausordnung SV - Ordnung</p>

Problem / Leitfrage:

2. Wovon ist das Zusammenleben in einer Schulklasse bestimmt?

	<p>Überblick über Kriterien, die eine gute Klassengemeinschaft kennzeichnen</p> <p>Einblick in die Strukturen der eigenen Klasse und Kenntnis von Möglichkeiten, sie zu verbessern</p>	<p>Schülerbefragung</p> <p>Kennenlern-, Kooperations-, Vertrauensspiele</p> <p>Gemeinsame Planung einer Klassenfahrt</p>	<p>Zusammenleben von Kindern aus verschiedenen Kulturkreisen</p> <p>Helfersystem, Außenseiter</p> <p>Bindung – Isolation</p>
--	--	--	--

Problem / Leitfrage:

3. Welche Möglichkeiten haben die Schülerinnen und Schüler, auf das Schulleben Einfluß zu nehmen? (Interesse – Konflikt)

<p>Schülerinnen-/Schülervertretung</p>	<p>Überblick über Teilnahmemöglichkeiten an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen und Einblick in Umsetzungschancen</p>	<p>Mitwirkung an der Planung von Veranstaltungen; Erprobung von Teilnahmemöglichkeiten</p> <p>Mitwirkung bei Unterrichtsplanung und Unterrichtsgestaltung</p> <p>Projekt: „Wir und unsere Schule“</p>	<p>Schulgesetz, Schulordnung, Schülerzeitung, Schulausschuß, Klassensprecher/in und Schulleiternbeirat als Interessenvertreter</p> <p>Anhörung der Schülervertreter/innen</p> <p>Informationspflicht der Schulleiterin / des Schulleiters</p> <p>Schülerbeteiligung in verschiedenen Bereichen: u. a. umweltgerechtes Verhalten:</p> <ul style="list-style-type: none">– Energieeinsparung– Müllvermeidung
--	---	---	---

1. Thema: Jugendliche in sozialen Gruppen

Problem / Leitfrage:

3. Welche Möglichkeiten haben die Schülerinnen und Schüler, auf das Schulleben Einfluß zu nehmen? (Interesse – Konflikt)

(Fortsetzung)

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	<p>Einblick in die Grundsätze für die friedliche Konfliktregelung in der Schule</p> <p>Bereitschaft, eine nicht genehme, aber rechtens zustande gekommene Entscheidung zu akzeptieren</p>	<p>Bestandsaufnahme: Gewalt in der Schule</p>	<p>Diskussion / Abstimmung / Satzung Mehrheit – Minderheit Verbindungslehrer/in</p>

Problem / Leitfrage:

4. Welche Bedeutung hat die Gruppe der Gleichaltrigen für Jugendliche in Schule und Freizeit? (Individuum – Gruppe)

Gruppe	<p>Verständnis, daß Gruppen für Jugendliche wichtige Bedürfnisse erfüllen können</p>	<p>Fälle aus Jugendliteratur, Filmen; Umfragen über Freizeitverhalten an der Schule</p>	<p>Orientierung, Solidarität, Identität, Freizeitgestaltung</p>
Normen Wir-Gefühl Gruppendruck	<p>Bewußtsein, daß Gruppen das Verhalten ihrer Mitglieder beeinflussen</p>	<p>Projekt mit dem Deutschunterricht: Schreiben und Aufnehmen einer entsprechenden Spielszene (TB oder Video)</p>	<p>Solidarisierung – Abgrenzung, Ausgrenzung</p>

Problem / Leitfrage:

**4. Welche Bedeutung hat die Gruppe der Gleichaltrigen für Jugendliche in Schule und Freizeit?
(Individuum – Gruppe)**

Einsicht in Gründe für den Anschluß Jugendlicher an Gruppen, die sich andere Normen setzen und von Werten der Gesellschaft abgrenzen

Bereitschaft, rationale, gewaltfreie Konfliktlösungen bei Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Gruppe anzustreben

Bereitschaft, sich von Gruppen abzugrenzen, die die Individualität ihrer Mitglieder mißachten und / oder menschenverachtende Gewalt befürworten

Interviews mit Sachverständigen, Befragung von Mitschülerinnen und Mitschülern, wissenschaftliche Untersuchungen in altersgemäßer Aufbereitung

Rollenspiel, „Spielregeln“ aufstellen

Fallanalyse:
Weg eines Jugendlichen in die geistige und wirtschaftliche Abhängigkeit von einer Sekte oder Biographie eines Jugendlichen in einer extremen Gruppierung

Die Gruppe als Problemlösungsversuch für

- Perspektivlosigkeit
 - mangelnde Lebenschancen
 - Bindungslosigkeit
 - großstädtische Wohnsituation
- oder: Die Gruppe als alternative Lebensform gegen
- Konsum- und Leistungsgesellschaft
 - Umweltzerstörung

„Gehirnwäsche“
Gewaltbereitschaft, Radikalismus, Extremismus, Ausländerfeindlichkeit

2. Thema: **Erziehung und soziales Lernen in der Familie**

Problem / Leitfrage:

**1. Wozu braucht der Mensch eine Familie?
Einzelner – Familie**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Erziehung	<p>Einsicht in die Bedeutung der Familie für die kindliche Sozialisation:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kenntnis der frühkindlichen Sozialisation als der für die Entwicklung des Menschen wichtigsten Phase – Überblick über Bedingungen, die die Sozialisationsleistungen einer Familie positiv oder negativ beeinflussen können 	<p>Fallanalyse Auswertung wissenschaftlicher Studien in altersgemäßer Aufbereitung</p> <p>Fallanalyse Mögliches Projekt mit mehreren Fächern (z. B. Deutsch, Religion, Haushaltslehre, Biologie) Jugendbücher zum Thema</p>	<p>Kinder, die in den ersten Lebensjahren unter extrem ungünstigen Bedingungen aufwuchsen; Bedeutung der liebevollen Zuwendung (Bezugsperson), der Vermittlung von Zutrauen und Sicherheit (Urvertrauen) z. B. Wohnverhältnisse, Bedeutung der Entfaltungsmöglichkeiten im Spiel (Entwürfe familiengerechter Wohnungen und geeigneter Spielplätze; Umweltbelastungen (z. B. Lärm) Arbeitslosigkeit, fehlende Zuwendung, Gewalt in der Familie, Suchtprobleme</p>

2. Warum wandelt sich die Familie?

(Gesellschaftlicher Wandel – Strukturwandel der Familie)

	<p>Einblick in Gründe für den Wandel der Familie und ihrer Funktionen</p>	<p>Analyse von Bildern, Texten, statistischem Material mögliches Projekt mit dem Geschichtsunterricht</p>	<p>Familienstrukturen und -funktionen vergangener Jahrhunderte; Vergleich mit Form und Funktion, Gestaltungsmöglichkeiten und Problemen heutiger Kernfamilien, Alleinerziehender und Lebensgemeinschaften</p>
Partnerschaft	<p>Einsicht in die Ziele partnerschaftlichen Erziehungsverhaltens</p>	<p>Rollenspiel</p>	<p>Erziehungsziele früher und heute: Zusammenhang mit politischen Zielsetzungen und der Gesellschaftsstruktur Gegenüberstellung Patriarchat – Partnerschaft, Zusammenhang Erziehungsziele – Erziehungsstil; Erziehungsziele, z. B. formuliert in Grundgesetz, Landesverfassung, Schulgesetz und Schulordnung</p>
	<p>Überblick über traditionelle Erziehungsmuster bei Jungen und Mädchen und ihre möglichen Auswirkungen</p>	<p>Gruppenarbeit, Anfertigung verschiedener Werkstücke (Reportage, Videoaufzeichnung im Spielzeuggeschäft, Interview, Befragung, Wandzeitung, Einübung eines Rollenspiels . . .) Thema für eine Projektwoche</p>	<p>Unterschiede und deren mögliche Auswirkungen: z. B. Spielsachen, Erziehungsverhalten der Eltern, Schulabschlüsse, Berufswünsche, Berufsausbildung, Benachteiligung und Gleichstellung der Frau (Ausbildung, Arbeitsplatz, Mehrfachbelastung Beruf und Familie), Aufgaben des Mannes in der Familie, das Bild von Frau und Mann in den Medien, in der Werbung</p>

2. Thema: **Erziehung und soziales Lernen in der Familie**

Problem / Leitfrage:

3. Warum leben Familien aus anderen Kulturen anders als wir?

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>Wertvorstellungen</p>	<p>Einblick in die Lebensweise von Angehörigen anderer Kulturen und den gesellschaftlichen / religiösen Hintergrund der Verschiedenheiten</p> <p>Einsicht in die Möglichkeiten und Probleme des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Kulturen</p>	<p>Mögliches Projekt mit dem Erdkunde- und / oder Religionsunterricht</p> <p>Experten im Unterricht, (vgl. VV vom 08. 06. 1992, in: Amtsblatt Nr. 12/1992, S. 402)</p> <p>Befragungen, Interviews, Anfertigung einer Ton-/Bildreportage (Projekt)</p>	<p>Möglichst Einbeziehung der Erfahrungen und Kenntnisse ausländischer Mitschüler oder Mitbürger</p> <p>Entwurf eines Katalogs von Möglichkeiten der Begegnung Kontaktaufnahme mit Organisationen</p>

4. Wie kann die Familie geschützt werden?

(Soziale Hilfen – staatliche Eingriffe in die Familie)

	<p>Kenntnis von Hilfen, die Familien oder einzelne Familienmitglieder in Anspruch nehmen können</p> <p>Kenntnis des Anspruchs von Kindern auf staatlichen Schutz</p>	<p>Fallanalyse Gespräch mit Vertretern einer Beratungsstelle</p> <p>Experten im Unterricht</p>	<p>Beratungsstellen privater und staatlicher Träger: Sorgentelefon, Kinderschutzbund, Jugendamt u. a. Staatliche Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Familie: Art. 3, 6, 7 GG; Art. 23 – 27 LV (§§ 1297 – 1921 BGB) Beratung – Betreuung – freiwilliger Schutz Einrichtungen für die Familie: Kindertagesstätten, Ganztags-schulen, Altenpflege, sozialer Wohnungsbau u. a.</p> <p>UNO-Konvention „Rechte des Kindes“ Verhältnis Elternrecht / Kindesrecht / staatliche Aufsicht Schutzmaßnahmen / Hilfen des Staates in Problemfällen: Gewalt in der Familie, Kindesmißhandlung, sexueller Mißbrauch</p>
<p>Gleichberechtigung</p>	<p>Bereitschaft, das Leben nach Grundsätzen der Gleichberechtigung zu gestalten</p>	<p>Text schreiben: Wie ich mir mein Leben als Ehefrau/mann bzw. Mutter/Vater vorstelle Rollenspiel</p>	<p>Gleichberechtigungsgesetz Gründe für Schwierigkeiten, Gleichberechtigung zu realisieren</p>

3. Thema: **Politische Beteiligung in der Gemeinde, in der Region und im Land Rheinland-Pfalz**

Bei entsprechender Aktualität (z. B. Landtagswahl) kann hier Problem / Leitfrage 8 des Lehrplanthemas „Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland“, 2. Teil, angeschlossen werden:

„Welche Auswirkungen hat das bundesstaatliche Prinzip auf die Menschen in Rheinland-Pfalz?“

Problem / Leitfrage:

**1. Wie erfüllt die Gemeinde ihre Aufgaben?
(Erwartungen – Knappheit der Mittel)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Gemeinde Kommune	<p>Fähigkeit, eigene und fremde Wünsche an die Gemeinde nennen und begründen zu können Überblick über den Wandel der Erwartungen an die Gemeinde: etwa am Beispiel des zunehmenden Umweltbewußtseins</p> <p>Kenntnis verschiedener kommunaler Gliederungen</p> <p>Überblick über verschiedene Auffassungen davon, wie Aufgaben der Gemeinde zu lösen sind</p>	<p>Zeitungsberichten aktuelle Bedürfnisse in der Gemeinde entnehmen Planspiel: Bürgerinnen und Bürger verändern ihre Gemeinde Projekt: Ausstellung: Unsere Gemeinde im Wandel</p> <p>Vergleich von Kommunalwahlprogrammen Planspiel: Gruppeninteressen</p>	<p>Prinzip der Allzuständigkeit – Wirtschaftsstruktur – Wohnstruktur – Verkehrsstruktur</p> <p>Ortsgemeinde / Verbandsgemeinde / Kreis / Stadt / kreisfreie Stadt</p>

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Selbst- verwaltung	Kenntnis gemeindlicher und staatlicher Aufgaben	Befragung von Ratsmitgliedern Besuch der Gemeindeverwaltung	Begriffsabklärung – freiwillige Aufgaben – Pflichtaufgaben Staatliche Kommunalaufsicht
	Kenntnis der Kontrolle, der die Arbeit der Verwaltung der Gemeinde unterliegt Überblick über staatliche, private und kommunale Initiativen und Zuständigkeiten	Sammeln von Informationen über Initiierung eines Projektes und seine Verwirklichung z. B. – Spielstraße – Rohstoffsammelanlage – Jugendzentrum	
Gemeinde-/ Stadtrat (Orts-)Bürger- meister/in	Kenntnis, wer in einer Gemeinde Entscheidungen trifft, und wer für die Ausführung von Beschlüssen zuständig ist	Besuch einer Ratssitzung Rollenspiel: Wir beantragen einen Jugendraum	Problemstellung Kommunales Wahlrecht für Ausländer
Gemeinde- verwaltung	Einsicht, daß die Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben eigene Einnahmen haben muß	An Beispielen aufzeigen, welche Belastungen Bürger/innen haben: – Anliegerbeiträge – Grundsteuern – Hundesteuer	Einnahmearten: Steuern / Gebühren / Abgaben / Beiträge
	Überblick über Prinzipien der Finanzplanung	Besprechung von Haushalts- und Investitionsplänen Planspiel: „Unser idealer Haushaltsplan für das nächste Jahr“ Erörterung eines Beispiels für den kommunalen Finanzausgleich	Aufzeigen der Verschuldung einer Gemeinde Erörtern der Problematik von Folgekosten bei großen Investitionen wie: – Dorfgemeinschaftshaus – Schwimmbad

3. Thema: **Politische Beteiligung in der Gemeinde, in der Region und im Land Rheinland-Pfalz**

Problem / Leitfrage:

**2. Wie können Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde politisch Einfluß nehmen?
(Betroffenheit – Beteiligung)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Bürger- versammlung Bürger- initiative	<p>Überblick über konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten – auch außerhalb des Rates</p> <p>Bereitschaft zur Nutzung verschiedener Einflußmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde</p> <p>Einsicht in die Notwendigkeit der Abwägung zwischen Sonderinteressen und Gemeinwohl</p> <p>Überblick über Aktivitäten in der Gemeinde, die durch ehrenamtliche Tätigkeiten ermöglicht werden</p>	<p>Gespräche mit Initiativgruppen</p> <p>Beteiligung an öffentlicher Diskussion u. a. durch: Leserbriefe – Aktionen</p> <p>Beschreibung eines aktuellen Falles, z. B.: Baulanderschließung</p> <p>Befragung: Motivation und Bedeutung für ehrenamtliches Engagement und die Problematik, daß sich so wenige Bürgerinnen und Bürger engagieren</p>	<p>Entnahme entsprechender Passagen aus der Gemeindeordnung</p> <p>Beispiele erörtern, in denen sich Konflikte ergeben durch widerstreitende Interessen von Wirtschaftswachstum, Umweltschutz, Versorgung, Freizeitwert usw.</p> <p>Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Tennishalle – Industriegebiet <p>Problematik: Unüberschaubarkeit von Entscheidungen</p>
Kommunalwahl	<p>Kenntnis des Kommunalwahlverfahrens</p>	<p>Umgang mit Wahlzetteln</p> <p>Einbeziehung anderer Wahlen je nach Aktualität</p>	<p>Mehrheitswahl</p> <p>Verhältniswahl</p> <p>Möglichkeiten der Stimmabgabe in Rheinland-Pfalz</p> <p>Kumulieren</p> <p>Panaschieren</p>

Siehe dazu auch: BEISPIELE FÜR FÄCHERÜBERGREIFENDEN UNTERRICHT, S. V, VII, IX

4. Thema: **Umgang mit Massenmedien**

Das Thema kann auch entsprechend der Unterrichtssituation

- mit einem anderen Thema verknüpft werden (z. B. Politische Beteiligung in der Gemeinde, in der Region und im Land Rheinland-Pfalz)
- mit Schwerpunkt auf der 3. und 4. Leitfrage behandelt werden, wenn die anderen Fragestellungen im Deutschunterricht geleistet wurden (Lehrplan Deutsch, Verstehen von Texten: Sachtexte ab Klasse 7)
- im Rahmen eines fächerübergreifenden Projektes als Beitrag des Faches Sozialkunde eingebracht werden (in Zusammenarbeit mit Deutsch, Religion, Bildende Kunst, Arbeitslehre)

Problem / Leitfrage:

**1. Wie informiere ich mich durch Medien?
(Fakten – Nachrichten – Meinungen)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Information	Kenntnis elementarer Methoden zur Erschließung von Informationen	Untersuchung einzelner Nachrichten in einer Tageszeitung oder Nachrichtensendung Erklärung mit Hilfe von Atlanten, Lexika, Lehrbüchern	
	Einblick in den Aufbau einer Zeitung / einer Nachrichtensendung	Untersuchung und Vergleich von Zeitungsnachrichten oder von Nachrichtensendungen	
	Überblick über verschiedene Zeitungstypen	Sammlung verschiedener Zeitungen und Beschreibung der Unterschiede in Aufmachung und Schreibstil	Tages- / Wochenzeitung Verkaufs- und Abonnementzeitung Lokal- / Überregionalzeitung

4. Thema: **Umgang mit Massenmedien**

Problem / Leitfrage:

**1. Wie informiere ich mich durch Medien?
(Fakten – Nachrichten – Meinungen)**

(Fortsetzung)

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	Einblick in Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Nachrichtensendung und Zeitungsnachricht		
	Kenntnis von Unterschieden zwischen Nachricht und Kommentar		
Redaktion	Einblick in die Arbeit einer Zeitungsredaktion / Rundfunkredaktion	Gespräch mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Rollenspiel: Redaktionssitzung	Rundfunkrat Fernsehrat

Problem / Leitfrage:

2. Werden wir richtig informiert?

	Kenntnis des Weges vom Ereignis zur Nachricht	Erstellung eines Schaubildes Spiel einer Redaktionssitzung	Notwendigkeit der Selektion von Nachrichten; Stationen einer möglichen Veränderung der Information auf dem Weg zum Leser
	Bewußtsein, daß unterschiedliche Meinungen zum gleichen Ereignis auf unterschiedlichen Interessen beruhen können		Umweltproblematik in den Medien: Berichterstattung zwischen Beschwichtigung und Panikmache (Umweltkatastrophen)
	Fähigkeit, Fakten und Meinungen, Ist- und Sollaussagen, indirekte Aussagen, Vermutungen zu unterscheiden		

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Mehrfachfreiheit Pressefreiheit Informationsfreiheit Persönlichkeitschutz	Einblick in die Anwendung verschiedener – Gestaltungs- – Auswahl- – Anordnungskriterien	Erstellung von Zeitungsseiten aus vorgegebenem Material, etwa von Nachrichtenagenturen Kooperation mit dem Fach Deutsch siehe auch Prospekt: Zeitung in der Schule	Es besteht in der Regel die Möglichkeit, von Zeitungsverlagen für einige Zeit täglich einen Klassensatz zu bekommen

Problem / Leitfrage:

**3. Wie gehen wir mit den neuen Medien vernünftig um?
(Wirklichkeit aus zweiter Hand – persönliche Erfahrung)**

	Einblick in die Auswirkungen der elektronischen Medien und Kommunikationstechniken für das Leben in der Familie Fähigkeit und Bereitschaft zu einem vernünftigen, selbstbestimmten Umgang mit den elektronischen Medien	Erstellung eines Überblicks: Die elektronischen Medien im Alltag der Schüler und Schülerinnen Untersuchung der Spiel- und Freizeitgewohnheiten	Wirklichkeit aus zweiter Hand Wirklichkeitsentzug Isolation Teleunterhaltung als Ersatz für persönliche und soziale Erfahrung/ Computer Zuwachs an technischem Verständnis und an Fertigkeiten
		Einsatz und Auswertung eines Computerspiels	Problematisierung von Computerspielen mit kriegsverherrlichendem und / oder rassistischem Hintergrund

4. Thema: **Umgang mit Massenmedien**

Problem / Leitfrage:

**4. Wie können die Medien ihre Aufgaben in der Demokratie erfüllen?
(Medienfreiheit – Kontrolle)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	<p>Kenntnis von Gründen für die Einführung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems</p>		<p>Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zur Grundversorgung Anstalten des öffentlichen Rechts: ARD / ZDF, SWF, WDR, HR Demokratische Kontrolle und Beratung durch die gewählten Rundfunk- bzw. Programmbeiräte am Beispiel eines öffentlich-rechtlichen Senders</p>
	<p>Kenntnis von Vor- und Nachteilen des privatwirtschaftlichen Rundfunks und Fernsehens</p>	<p>Erkundung eines privaten Senders</p>	<p>Private Rundfunkanstalten: RTL, RPR . . . Bedeutung der Einschaltquoten für die Programmgestaltung</p>
	<p>Verständnis für die wesentlichen Aufgaben der Massenmedien in der Demokratie</p>		<p>Information, Kritik, Kontrolle, Meinungsbildung; Erläuterung exemplarisch anhand einer Nachricht und eines Kommentars</p>

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Meinungsfreiheit Pressefreiheit	Einblick in die Grundprinzipien von Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit	Untersuchung am Beispiel der Schülerzeitung	Schülerzeitung Schulzeitung Zeitung für Schüler
Informationsfreiheit	Einsicht in die Grenzen der Pressefreiheit bei Gewaltdarstellungen	Diskussion: Verbot von Horrorvideos	
Persönlichkeitschutz	und die Menschenwürde verletzen-der Berichterstattung		
Gegendarstellungsrecht	Kenntnis einschlägiger Rechte der Bürgerinnen und Bürger gegenüber den Medien	Fallbeispiele: Recht am eigenen Bild	Jugendzeitschriften Presserecht
	Kenntnis besonderer Rechte und Pflichten der Presse	Fallbeispiel: Rufmordkampagne	Zeugnisverweigerungsrecht
	Einblick in die Aufgabe der Presse als Kontrollorgan	Beispiel für „Aufdeckung“ eines Unrechtstatbestandes durch die Presse	Fragenkreis: Wer kontrolliert die Kontrolleure?

5. Thema: **Recht und Rechtsprechung**

Das Thema kann – je nach Aktualität,

- nach lokalen Gegebenheiten
- eigener Betroffenheit in einem konkreten Fall
- Interesse und Vorwissen der Schülerinnen und Schüler
- Kooperationsmöglichkeiten vor Ort mit einem Gericht

auch in Projektform behandelt werden oder mit besonderen Schwerpunkten versehen werden.

Es kann auch sinnvoll sein, das Thema an einem Schwerpunkt aufzuzäumen, z. B.:

- an einem aktuellen Fall aus dem Jugendstrafrecht
- an einem Konflikt in der Gemeinde mit Verwaltungsgerichtsverfahren
- an einer Grundsatzfrage des Rechtssystems wie Asyl oder § 218
- an Hand eines einschlägigen Jugendbuches (fächerübergreifend mit dem Fach Deutsch)

Je nach örtlichen Gegebenheiten kann die Einbeziehung von Fachleuten empfohlen werden: Richter/in, Anwalt/Anwältin, Jugendpfleger/in . . .

Der Besuch einer Gerichtsverhandlung – wenn auch durch die Notwendigkeit einer Vor- und Nachbereitung sehr zeitintensiv – wird ausdrücklich empfohlen.

Problem / Leitfrage:

**1. Warum regelt jede Gesellschaft Konflikte durch Gesetze und Ordnungen?
(Faustrecht – Rechtsordnung)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	Einsicht, daß weite Teile des Lebens durch gesetzliche Regelungen bestimmt sind	Analyse alltäglicher Situationen aus dem Erfahrungs-/Lebensbereich Jugendlicher	Aushang des Gesetzes zum „Schutz der Jugend in der Öffentlichkeit“ Verteilung des Jugendarbeitsschutzgesetzes an alle Schüler Tabellarische Erfassung der Rechte und Pflichten von Kindern und Jugendlichen Beispiele zum Taschengeld-Paragrafen § 110 BGB Straßenverkehrsordnung

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Rechtsstaat Rechtsgut Gesetz Gerechtigkeit Menschenrechte	Bewußtsein, daß die Institutionalisierung von Recht für den gesellschaftlichen Frieden und den Schutz der Menschenwürde grundlegend ist	Beschreibung von historischen Gegebenheiten aus dem Faustrecht Schilderung eines rechtlosen Zustandes	
Grundgesetz Grundrechte	Einsicht, daß die Grundrechte eine Freiheitsgarantie für den einzelnen darstellen und staatliche Gewalt binden	Überblick über die Entwicklung der Menschenrechte	
Datenschutz	Einsicht in die Bedrohung wesentlicher Grundrechte durch den Mißbrauch personenbezogener Daten	Fallbeispiele vorgegebene / selbst erstellte Datenliste aus dem Lebensbereich der Jugendlichen	Recht auf informationelle Selbstbestimmung – Speicherung von Daten in allen Lebensbereichen Möglichkeiten interessierter Gruppen, Gefahren für den einzelnen durch die Speicherung, Weitergabe und Verknüpfung personenbezogener Daten Datenschutzgesetze des Bundes und der Länder
Instanz Revision Berufung	Kenntnis des Aufbaus der Gerichtsbarkeit		Zweige, Funktionen und Aufbau der Gerichtsbarkeit anhand eines konkreten Falles

5. Thema: **Recht und Rechtsprechung**

Hauptschule

Klasse 5

Zeitraumwert: 5 Stunden

Problem / Leitfrage:

2. Wie und warum reagiert die Gesellschaft auf Rechtsbrüche und Streitigkeiten?

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Strafprozeß Zivilprozeß Urteil Schöffe	Einblick in die Unterschiede von Zivilprozeß und Strafprozeß	Fallbeispiel Besuch einer Gerichtsverhandlung, Gespräche mit der Richterin / dem Richter, der Staatsanwältin / dem Staatsanwalt, Spiel einiger Phasen innerhalb einer Verhandlung, Auswertung eines Schaubildes	z. B. zivilrechtliche und strafrechtliche Seite eines Verkehrsunfalls Strafprozeß: Schuldfeststellung, öffentliches Interesse, Angeklagte(r), Verteidiger/in, Staatsanwalt/-anwältin, Richter/in, Schöffe/in, Pflichtverteidiger/in Zivilprozeß: privates Interesse, Schadensersatz, freiwilliges Verfahren, kein Staatsanwalt, keine Staatsanwältin Kläger/in, Beklagte(r), Vergleich, Urteil; mögliche Beeinträchtigung des Grundrechts auf Gleichbehandlung durch Prozeßdauer und Kosten beim Zivilprozeß – Prozeßkostenhilfe
	Einblick in die Verfahrensgrundsätze und die Rechte der Angeklagten bei Strafprozessen	Nur in Verbindung mit einem Fallbeispiel	<ul style="list-style-type: none"> – Verbot der Doppelbestrafung – keine Strafe ohne Gesetz – Verbot der rückwirkenden Bestrafung – Recht auf Gehör (jeweils 103 GG) – Unabhängigkeit der Richter (97 GG)

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Kollektiv Individuum	<p data-bbox="283 111 650 163">Einblick in die Vielfalt von Ursachen für Straftaten</p> <p data-bbox="283 197 650 277">Kenntnis von Maßnahmen und Einblick in Probleme der Resozialisierung</p> <p data-bbox="283 311 650 474">Kenntnis von Strafen bzw. Maßnahmen gegenüber Jugendlichen wie:</p> <ul data-bbox="283 394 548 474" style="list-style-type: none"> - Erziehungsmaßregeln - Zuchtmittel - Jugendstrafe 	<p data-bbox="682 111 1044 163">Auswertung des Lebenslaufs eines Straftäters / einer Straftäterin</p>	<p data-bbox="1075 311 1420 391">Untersuchung der Bedeutung der Begriffe Deliktfähigkeit und Strafmündigkeit</p>
Erziehung Wiedereingliederung	<p data-bbox="283 508 650 640">Einsicht in den Zusammenhang von Delikten, Strafmaßnahmen und Strafzielen und in den gesellschaftlichen Wandel in der Auffassung von Strafe</p>	<p data-bbox="682 508 1044 557">Auswertung von Bildern und Texten</p> <p data-bbox="682 560 1044 609">Projekt mit dem Geschichtsunterricht</p>	<p data-bbox="1075 508 1420 640">Rache, Sühne, Vergeltung, Abschreckung, Erziehung, (Wieder-)Eingliederung; historischer Vergleich, veränderte Strafauffassung am Beispiel von Umweltschutz</p>

6. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, 1. Teil

Problem / Leitfrage:

1. Wie erlebten die Menschen die ungewollte Zweistaatlichkeit Deutschlands?

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Besatzungs- zonen	Kenntnis von Problemen und Nöten der Menschen in der Nachkriegszeit Überblick über die Aufteilung Deutschlands in 4 Besatzungs- zonen	Zusammenarbeit mit einer 9. Klasse: Projekt Geschichte / Sozialkunde: Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg (Postdamer Abkommen, Leben in den Besatzungszonen), Zeitzeugen-im Unterricht, z. B. Frauen, die von Anforderungen in der Nachkriegszeit berichten	Geschichte: Stoffbereich 19 Währungsreform Blockade Berlins Luftbrücke
Grundgesetz	Einblick in die Funktion des Grund- gesetzes als Basis für einen Bundesstaat auf der Grundlage von demokratischer Freiheit und sozialer Verpflichtung Einblick in die Gründung der DDR als Staat in Deutschland, der nicht durch freie Wahlen legitimiert war Einblick in Stationen für die von der DDR gewollte Entwicklung, die die Staaten und ihre Menschen trennte	Projekt Geschichte / Sozialkunde: „Menschenrechte“ Staatliche Symbole der Bundes- republik und der DDR Befragung von Zeitzeugen: Bürgerinnen und Bürger der ehe- maligen DDR	Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR SED / Nationale Front Abschaffung der Länder, Zwangs- kollektivierung, Führungsanspruch der SED Aufstand vom 17. Juni 1953 Mauerbau vom 13. August 1961

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Kollektiv Individuum	Einblick in Förderung und Beanspruchung der Kinder und Jugendlichen in der DDR durch den Staat Einblick in die eindeutig aggressive Grundhaltung, zu der Jugendliche in der DDR gegenüber der Bundesrepublik erzogen wurden	Fallbeispiel aus Freizeit, Schule und Berufsfindung: Auswertung von Kinderbüchern und Schulbüchern aus der DDR in Kooperation mit dem Fach Deutsch	10 Gebote sozialistischer Moral Jugendspartakiaden, FDJ/Junge Pioniere Jugendgesetz der DDR Jugendweihe, Feindbild Klassenkampf Kollektive Menschenrechte
	Einblick in Formen politischer Unterdrückung in der DDR	Fallbeispiele für die Mißachtung von Menschenrechten	Ministerium für Staatssicherheit

Problem / Leitfrage:

2. Wie bewirkten die Menschen die Vereinigung der beiden deutschen Staaten?

	Einblick in die nationale und internationale Ursachen für das Ende der DDR	Projekt Sozialkunde / Geschichte Anfertigung einer Chronik für 1989 und 1990	Grundlagenvertrag, Einigungsvertrag, Wirtschafts-, Währungs-, Sozialunion 2 + 4 - Verhandlungen
Tag der Deutschen Einheit	Einblick in Formen oppositionellen Verhaltens der DDR-Bürger und DDR-Bürgerinnen auch in den Jahren 1989/90		Die Rolle der Kirchen

6. Thema: **Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, 1. Teil**Kernfach
Klasse 8Problem / Leitfrage: **Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, 1. Teil**

Zeichzeitwert: 14 Stunden

3. Wie kann das vereinte Deutschland die Probleme der Integration bewältigen?

Bei anhaltender Aktualität dieser Fragestellung empfiehlt sich eine besondere Schwerpunktsetzung!

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	Überblick über ausgewählte Probleme des Übergangs der DDR – Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Menschen	Projekt Arbeitslehre / Sozialkunde Fallbeispiele aus dem Bereich der Konsumgüterversorgung; Fallbeispiele aus den Bereichen Umwelt, Infrastruktur, Rechtsprechung, Eigentumsverhältnisse,	Aufgaben der Treuhandanstalt
Solidarität	Einsicht in die Notwendigkeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den östlichen Bundesländern	Wohnungsnot, Bildung und Ausbildung; dabei Hinweise auf andere Denkweisen	Solidargemeinschaft Sozialneid
	Bewußtsein, daß der Abbau von Vorurteilen Bedingung des Zusammenlebens ist		Abbau der „Mauer in den Köpfen“; Brune, Joachim et al.: „... aber die Mauern bauen die Menschen sich selbst...“ 1000 Schülerinnen und Schüler aus Rheinland-Pfalz und Thüringen äußern sich zur Deutschen Einheit. Hg.: Staatliches Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz und Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien. Speyer und Arnstadt 1992

6. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, 2. Teil

Problem / Leitfrage:

4. Wie kommt der Wille der Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck?
 (Direkte – indirekte Demokratie; Repräsentation – Partizipation)

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Wahl Parlament (Bundestag, Landtag, Kreistag, Gemeinderat)	Einblick in Maßnahmen im demokratischen System, die die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an Prozessen der Meinungs- und Willensbildung sicherstellen (z. B. Wahlen, Bürgerinitiativen, Volksbegehren, Volksbefragung)	Untersuchung einer Bürgerinitiative (Entstehung, Zielsetzung, Arbeitsweise) Auswertung von Wahlkampfmaterial Besuch einer Wahlversammlung Analyse von Stimmzetteln und Wahlplakaten	Wahlkampfthemen Wahlprogramme verschiedener Parteien Wahlergebnisse in ausgewählten Wahlkreisen und Vergleich zum Gesamtergebnis Sperrklausel Artikel 38 GG
	Einblick in Verfahrensabläufe bei der Wahl eines Parlaments (Kandidatenaufstellung, Wahlkampf, Wahl)	Erklärung der Wahlgrundsätze am Beispiel der Klassensprecherwahl	
	Kenntnis der Bedeutung der Wahlgrundsätze Überblick über die Bedeutung von Erst- und Zweitstimmen bei Bundestags- und Landtagswahlen	Beispiel: Einwirkung unterschiedlicher Interessen bei der Kandidatenaufstellung	Vergleich mit Europa- und Kommunalwahl

6. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, 2. Teil

Problem / Leitfrage:

5. Warum gibt es in der Bundesrepublik verschiedene Parteien?

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Partei	<p>Einblick in Aufgaben, Ziele und Finanzierung der demokratischen Parteien im Rechtsstaat</p> <p>Einblick in Möglichkeiten der Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei Parteien</p> <p>Einblick in das Problem der geringen Mitwirkung von Frauen (Ursachen, Möglichkeiten der Veränderbarkeit)</p> <p>Kennntnis von Zielsetzungen und Methoden extremistischer Gruppen und Fähigkeit und Bereitschaft, sie nach demokratischen Grundwerten zu beurteilen</p>	<p>Sammeln und Auswerten von Presseberichten über ein Problem der Tagespolitik, in dem Funktionen und (unterschiedliche) Auffassungen der Parteien deutlich werden</p> <p>Vergleich von Parteiprogrammen zu ausgewählten Fragestellungen (z. B. Umweltpolitik, Familienpolitik)</p> <p>Befragung von Repräsentanten einzelner Parteien</p> <p>Untersuchung von Situationen, in denen sich extreme Einstellungen zur Lösung politischer Fragen widerspiegeln, z. B. Arbeitslosigkeit, Unterbringung von Asylbewerbern</p>	<p>Parteiengesetz</p> <p>Verbot von Parteien</p> <p>Innerparteiliche Demokratie</p> <p>Mitgliederstruktur, z. B. Unterrepräsentation von Frauen</p> <p>Parteienfinanzierung</p> <p>Politikverdrossenheit</p>

Problem / Leitfrage:

**6. Wie funktioniert das parlamentarische System?
(Herrschaftsausübung – Herrschaftskontrolle)**

Bundestag Fraktion	Einblick in die Funktionen von Plenum und Ausschüssen, von Fraktionen und Arbeitskreisen Einblick in die Einflußnahme von Verbänden	Fallbeispiel: Entstehung eines Gesetzes	Gesetzesinitiative, Vermittlungsausschuß
Abgeordnete(r)	Einblick in Verpflichtungen und Einbindungen der Abgeordneten und der sich daraus ergebenden Spannungen	Planspiel: Zusammenstellung und Auswertung unterschiedlicher Erwartungen und darauf folgende Entscheidungen; z. B. Autobahnbau Auswertung von Tagesabläufen von Abgeordneten	Aufwandsentschädigungen / Diäten Quotenregelung Artikel 38 GG Immunität Freies Mandat Artikel 62 GG
Bundesregierung	Einblick in Fragen der Regierungsbildung	Beispiel: Aktuelles Wahlergebnis	
Koalition	Einsicht, daß eine Koalitionsbildung ein notwendiges Mittel zu demokratischer Mehrheitsfindung ist Einblick in Funktion und Verfahren des konstruktiven Mißtrauensvotums	Sammeln von Presseberichten, aus denen sich die personelle Zusammensetzung und einzelne Ressorts der Bundesregierung ergeben Sammeln von aktuellen Beispielen, z. B. Presseberichte über Mitwirkung am Gesetzgebungsverfahren, die zeigen, wie die Bundesregierung ihre politischen Ziele durchzusetzen versucht	Mehrheit der Mitglieder des Bundestages (Artikel 63 GG); absolute – einfache Mehrheit Die bisherigen Bundeskanzler und daraus ableitbare Epochen deutscher Politik

6. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, 2. Teil

Problem / Leitfrage:

**6. Wie funktioniert das parlamentarische System?
(Herrschaftsausübung – Herrschaftskontrolle)**

(Fortsetzung)

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Bundespräsident	Kenntnis der Bundesversammlung und ihrer aktuellen Zusammensetzung als Wahlorgan Überblick über Aufgaben des Bundespräsidenten	Sammeln und Auswerten von Presseberichten über Tätigkeiten des Bundespräsidenten	Die Bundespräsidenten seit 1949 Vergleich mit den Reichspräsidenten der Weimarer Republik
Opposition	Überblick über Aufgaben der Opposition Einblick in Möglichkeiten, wie die Opposition Einfluß nehmen kann	Untersuchung einer aktuellen Kontroverse zwischen Regierung und Opposition Analyse folgender Möglichkeiten der Einflußnahme: Untersuchungsausschuß, Große und kleine Anfrage, Fragestunde, Aktuelle Stunde	

Problem / Leitfrage:

7. Ist durch Gewaltenteilung eine wirksame Machtkontrolle gewährleistet?

<p>Gewaltenteilung Gesetzgebende (Legislative) Ausführende (Exekutive) Rechtsprechende (Judikative) Gewalt Bundesrat Föderalismus Bundesverfassungsgericht</p>	<p>Einblick in die drei Gewalten und ihre wechselseitigen Beziehungen</p> <p>Kenntnis des föderalistischen Aufbaus der Bundesrepublik Deutschland als Machtkontrolle und zur Sicherung der Freiheit</p> <p>Einblick in Chancen und Probleme, die sich aus unterschiedlichen Mehrheiten im Bundestag und im Bundesrat ergeben können</p> <p>Einblick in Aufgaben des Bundesverfassungsgerichtes</p>	<p>Aktuelles Beispiel aus der Gesetzgebung (Entstehung eines Gesetzes am konkreten Beispiel)</p> <p>Zuordnung von Institutionen zu den drei Gewalten Auswertung einer Karte der Bundesländer Auswertung von Berichten über Sitzungen des Bundesrates</p> <p>Sammeln von Beispielen für Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts: Verbot der Fristenlösung, Namensrecht, Wertigkeit von Wehr- und Zivildienst</p>	
--	--	--	--

6. Thema: **Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, 2. Teil**

Problem / Leitfrage:

**8. Welche Auswirkungen hat das bundesstaatliche Prinzip auf die Menschen in Rheinland-Pfalz?
(Kommunalpolitik – Landespolitik – Bundespolitik)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Bundespräsident	Bewußtsein der persönlichen Betroffenheit der Schülerinnen und Schüler durch Entscheidungen des Landes	Analyse einer bildungspolitischen Entscheidung, Befragung einer zugezogenen Familie, bzw. Fallanalyse	Bildungswesen: Schulformen Lehrpläne
Opposition	Kenntnis wichtiger Aufgabebereiche eines Bundeslandes	Fallanalyse	Öffentliche Sicherheit und Ordnung Landesverwaltung und -planung Gemeinderecht Abgrenzung zu Kompetenzen von Kreisen / Gemeinden Subsidiaritätsprinzip regionale Wirtschaftsförderung Finanzausgleich
Landtag Landesregierung Ministerpräsident Landtagswahlen	Überblick über die Organe des Landes Rheinland-Pfalz, ihre Bestellung und Funktion	Erstellen einer Informationstafel	Aktuelles landespolitisches Thema
	Einblick in die Mitwirkung der Bundesländer bei der Gestaltung von Bundespolitik	Auswertung von Berichten aus den Sitzungen des Bundesrates	Probleme der Finanzierung der Deutschen Einheit durch die Länder o. a. aktuelle Problematik

7. Thema: **Der Prozeß der europäischen Einigung**

Eine Absprache mit Erdkunde und Geschichte ist erforderlich

Problem / Leitfrage:

1. Welche Bedeutung hat der europäische Einigungsprozeß für das Zusammenleben der Menschen in Europa?

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Integration	Einblick in die Idee der europäischen Einigung	Projekt: Geschichte / Deutsch / Sozialkunde: Lebensbilder von Europapolitikern	Erfahrungen mehrerer Kriege Versagen der Nationalstaaten Gemeinsames kulturelles Erbe Sozialer und wirtschaftlicher Ausgleich vgl. Lehrplan Geschichte, Stoffbereich 21
Europäische Gemeinschaft (EG)	Einblick in den Verlauf der europäischen Einigung	Beschreibung mit ausgewählten Materialien, z. B. Karten und Zeitafeln Projekt: Städte- und Schulpartnerschaft	EGKS, Euratom, EWG, EPZ Römische Verträge Maastrichter Verträge
Binnenmarkt Wirtschafts- Währungs- Union, Politische Union	Einblick in die Auswirkungen des europäischen Marktes auf die persönliche Lebenssituation der Menschen	Exemplarische Darstellung z. B. Freizügigkeit, Agrarmarkt, Binnenmarkt	

7. Thema: **Der Prozeß der europäischen Einigung**

Problem / Leitfrage:

1. Welche Bedeutung hat der europäische Einigungsprozeß für das Zusammenleben der Menschen in Europa? (Fortsetzung)

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	Einblick in die Zuständigkeit und Entscheidungsbefugnisse europäischer Institutionen	Fallanalyse	Ministerrat, Kommission, Europäisches Parlament, Europäischer Rat, Europäischer Gerichtshof
	Einblick in die Probleme und Chancen, die durch Aufgabe nationaler Souveränität in manchen Bereichen entstehen	Begründung mit Hilfe eines Beispiels aus dem Umweltschutz Projekt mit Biologie und Erdkunde: Umweltschutz kennt keine Grenzen	
	Einblick in Vorstellungen und Modelle zur Weiterentwicklung der EG	Erarbeitung anhand aktueller Meldungen aus den Massenmedien	Einheitliche Europäische Akte Assoziierung ost- und südost-europäischer Länder

Problem / Leitfrage:

2. Welchen Beitrag zur internationalen Verständigung kann die EG leisten?

	Überblick über Chancen und Probleme einer Erweiterung der EG		
	Einblick in die Rolle der EG in der sich verändernden internationalen Politik	Untersuchung an aktuellen Beispielen	Jugoslawien, Golfkrieg Politik gegenüber Weltwirtschaftsmächten und Ländern der 3. und 4. Welt Vgl. Lehrplan Erdkunde 9.1

Siehe dazu auch: BEISPIELE FÜR FÄCHERÜBERGREIFENDEN UNTERRICHT, Seite VII, VIII, X, XII

8. Thema: **Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik**

Problem / Leitfrage:

**1. Können internationale Konflikte gerecht geregelt werden?
(Konfrontation – Kooperation)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Gewalt – Frieden	<p>Einblick in die Entwicklung lokaler und globaler Konflikte im Hinblick auf z. B. unterschiedliche Weltanschauungen, wirtschaftliche Interessen, soziale Spannungen und religiöse Positionen der mittelbar und unmittelbar Beteiligten</p> <p>Bewußtsein, daß auch lokale Konflikte die Gefahr einer globalen Auseinandersetzung mit sich bringen können</p> <p>Bereitschaft zur persönlichen Betroffenheit bei solchen Konflikten</p> <p>Einsicht in die politische und ethische Begründung für das Ziel gewaltfreier Konfliktregelungen</p>	<p>Erarbeitung anhand eines aktuellen Konfliktes oder eines Beispielles Hintergrund und Lösungsversuche</p> <p>Diskussion über die persönliche, moralische und wirtschaftliche Betroffenheit</p> <p>Projekt: Geschichte/Sozialkunde „Vertreter gewaltfreier Politik“</p>	<p>Völkerrecht Fundamentalismus vgl. Geschichte: Stoffbereich 22</p> <p>Beispiele aus der Geschichte Jugoslawienkonflikt</p> <p>Menschenrechtserklärung</p>

8. Thema: **Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik**

Problem / Leitfrage:

2. Wie können Frieden und Sicherheit im internationalen Rahmen erreicht werden?

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
NATO	Einblick in Absicht und Wirkmöglichkeiten militärischer Bündnis-systeme	Projekt: Geschichte/Sozialkunde „Geschichte militärischer Bünd-nisse“	Warschauer Pakt Konfrontation - Kooperation Abschreckung, Bewaffnung, Wehrlosigkeit
	Einblick in Entspannungspolitik und Abrüstungsverhandlungen	Erarbeitung an aktuellen Beispielen	Vertrauensbildende Maßnahmen, Abrüstungsverhandlungen
KSZE	Kenntnis von Elementen einer Friedenspolitik, z. B. Abbau von Feindbildern, Abbau sozialer Un-gleichheiten, Akzeptanz von Insti-tutionen zur Konfliktregelung und zum Interessenausgleich	Projekt: Geschichte/Deutsch/ Sozialkunde „Eigen- und Fremdeinschätzung von Völkern“	Pariser Charta von 1990 (Ende des Ost-West-Konflikts), Konflikt- regelungsinstrumentarium der KSZE Nord-Südkonflikt
		Fallstudie: Probleme eines Ent-wicklungslandes (z. B. Ruanda)	Kooperation mit Religion
Vereinte Nationen (UN)	Einblick in die Befriedigungs- versuche der UN	Beschreibung der Befriedigungs- versuche an aktuellen Beispielen Diskussion über die Erfolgsmög- lichkeiten dieser Versuche	Rolle von Vollversammlung, Generalsekretär, Sicherheitsrat, Vetorecht der Großmächte, Reso- lution, Möglichkeiten der Durch- setzung von UN-Resolutionen

3. Welche Bedeutung haben Wehrdienst und Ersatzdienst für Sicherheit und Frieden?

<p>Bundeswehr</p>	<p>Einblick in die Aufgabe der Bundeswehr im Rahmen der Sicherheitspolitik als Mittel der Kriegsverhinderung</p>	<p>Befragung von Soldaten nach deren Motivation und Dienst-erfahrung</p>	
<p>Wehrpflicht</p>	<p>Einsicht, daß der Staat die allgemeine Wehrpflicht als legitimierte Grundpflicht allen jungen Männern abverlangt</p>		<p>Problembereich: soziales Jahr für Mädchen</p>
<p>Grundrecht der Kriegsdienst- verweigerung aus Gewissens- gründen</p>	<p>Bewußtsein, daß das Recht des einzelnen Wehrpflichtigen, aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigern zu können, ein vom Grundgesetz gewährleistetetes Grundrecht ist, das vom einzelnen eine individuelle, im Gewissen begründete Entscheidung verlangt</p>	<p>Befragung von Verweigerern über deren Motivation und Erfahrung als Zivildienstleistende</p>	<p>Verteidigung im Bündnis, Art. 12a GG und 87a GG Art. 4.3 GG Wehrpflichtgesetz Urteil BVG vom 13. 4. 1978 Keine freie Wahl zwischen Wehr- dienst und Ersatzdienst</p> <p>Einsätze im Rahmen von Bündnis- systemen und im Auftrag inter- nationaler Organisationen</p>

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Wohlfahrtsverbände	Kenntnis von Hilfsmöglichkeiten der freien Träger für Benachteiligte und Diskriminierte	An Beispielen die Hilfsmöglichkeiten der freien Träger aufzeigen	Subsidiarität
	Kenntnis von ehrenamtlichen Engagements einzelner Personen für Benachteiligte und Diskriminierte	Beispiele für Aktionsbereiche: Benachteiligte (Kinder, Frauen, Alleinerziehende, alte Menschen) Diskriminierte (Randgruppen, Straftäter)	Ehrenamt Selbsthilfegruppen
Sozialstaat Sozialstaatsgebot	Einblick in das Sozialstaatsprinzip als leitendes Verfassungsprinzip	mit Hilfe des Grundgesetzes (Art. 20, 28, 79) erarbeiten	
Sozialpflichtigkeit des Eigentums	Einblick in die Spannungen zwischen Rechtsstaat und Sozialstaat		Freiheits- und Gleichheitsrechte im GG Soziale Sicherheit – Individuelle Freiheit (Art. 2 GG) Menschenbild des GG
	Einblick in Schwierigkeiten bei der Ausgestaltung und Verwirklichung des Sozialstaates		Sozialstaat – Wohlfahrtsstaat
Eigenvorsorge Unterhaltungspflicht	Einsicht in die Notwendigkeit, sich auch im Sozialstaat persönlich um seine Lebensgestaltung zu bemühen		Sozialversicherungspflicht – Individualversicherung Generationenvertrag

Siehe dazu auch: BEISPIELE FÜR FÄCHERÜBERGREIFENDEN UNTERRICHT, Seite IV und Seite VIII

Freiwilliges 10. Schuljahr**2. Thema: Politische Beteiligung im regionalen Raum****Hauptschule**

Klasse 10

Zeitrichtwert: 13 Stunden

Vorbemerkungen:

Das Thema „Politische Beteiligung im regionalen Raum“ ist nicht als Wiederholung von Lernzielen und Lerninhalten der Klasse 7 gedacht, sondern stellt eine Weiterführung unter folgenden Fragestellungen dar:

- Welche Möglichkeiten formeller und informeller Mitwirkung an kommunalen Entscheidungsprozessen können die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen?
- Wie können kommunale Entscheidungsprozesse transparent(er) gemacht werden?
- Wie können sich Bürgerinnen und Bürger gegen subjektiv als falsch empfundene Entscheidungen wehren?

Diese Fragestellungen können vor allem dann wirksam angegangen werden, wenn die Gegebenheiten des regionalen Raumes – der Gemeinde, Verbandsgemeinde, Stadt oder des Kreises in besonderer Weise im Unterricht umgesetzt werden. Handlungsorientierter Unterricht, der Formen des entdeckenden und forschenden Lernens einbezieht, erscheint zur Erreichung der hier vorgegebenen Lernziele unabdingbar.

Erkundungen, Befragungen, Exkursionen erhalten – vor allem im Rahmen von Projektunterricht – großen Stellenwert.

Problem / Leitfrage:

Wie können die Bürgerinnen und Bürger an Meinungsbildung und Entscheidungen im kommunalen Raum (Ortsgemeinde, Stadt, Verbandsgemeinde, Kreis) mitwirken?

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Partizipation Repräsentation Integration	Kenntnis von den Verfahren der Meinungs- und Willensbildung	Die Verfahren der Meinungs- und Willensbildung exemplarisch an Projekten zu wichtigen kommunalen Aufgaben erfahren, z. B. Asylbewerber in einer Stadt, Bau eines Sportplatzes/Spielplatzes, Dokumentation einer Bürgerinitiative	

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>Kommunalwahl Mandat Kandidatin/ Kandidat Wählergruppe</p>	<p>Kenntnis von eigenen Möglichkeiten der Einflußnahme im regionalen Raum</p> <p>Kenntnis vom Ablauf einer Kommunalwahl</p> <p>Kenntnis der Möglichkeiten, Mitglied des Rates oder eines Ausschusses zu werden</p> <p>Kenntnis der Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, sich gegen subjektiv als falsch empfundene Entscheidungen zu wehren</p>	<p>An Beispielen die Möglichkeiten aufzeigen, z. B. Vorschläge unterbreiten, Beteiligung an Bürgerinitiativen, Besuch politischer Veranstaltungen, Besuch der Bürgerversammlung, Übernahme von Ämtern (Verein, Betrieb), Mitgliedschaft in Jugendorganisationen politischer Parteien, Leserbriefe schreiben</p> <p>Dokumentation eines Wahlkampfes</p> <p>Befragung von Mandatsträgern</p> <p>An einem Beispiel die Möglichkeiten aufzeigen, z. B. Rechtsmittelbelehrung Widerspruch Kreisrechtsausschuß Verwaltungsgericht</p>	<p>Kumulieren, Panaschieren Sitzverteilung</p> <p>Bürgerbeauftragter Petitionsausschuß</p>

2014-2015: BEWAERT KUNYKONENSTADTSCHEDEER DRAEHTSCHEDEER
 Fraunhofer IT, Schuljahr

2. Thema: Politische Beteiligung im regionalen Raum

Vorbemerkungen		Hauptkategorie Klasse 10 Zeitraumzeit: 10 Stunden
Das Thema „Politische Beteiligung im regionalen Raum“ ist nicht als Wiederholung von Lerninhalten und Lernsituationen der Klasse 7 gedacht, sondern soll eine Vertiefung unter folgendem Fragenstellungen dar-		
1. Welche Möglichkeiten formaler und informeller Mitbestimmung an kommunalen Entscheidungsprozessen können die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen?		
2. Wie können kommunale Entscheidungsprozesse transparenter gemacht werden?		
3. Wie können als „Gemeinschaft“ Bürgerinnen und Bürger aktiv an Entscheidungsprozessen teilhaben?		
Diese Fragenstellung ist nicht als „Musterlösung“ zu verstehen, sondern soll die SchülerInnen dazu anregen, sich Gedanken über die Möglichkeiten der politischen Beteiligung im regionalen Raum zu machen. Die Fragenstellung ist nicht als „Musterlösung“ zu verstehen, sondern soll die SchülerInnen dazu anregen, sich Gedanken über die Möglichkeiten der politischen Beteiligung im regionalen Raum zu machen.		
4. Welche Möglichkeiten formaler und informeller Mitbestimmung an kommunalen Entscheidungsprozessen können die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen?		
5. Wie können kommunale Entscheidungsprozesse transparenter gemacht werden?		
6. Wie können als „Gemeinschaft“ Bürgerinnen und Bürger aktiv an Entscheidungsprozessen teilhaben?		
7. Welche Möglichkeiten formaler und informeller Mitbestimmung an kommunalen Entscheidungsprozessen können die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen?		
8. Wie können kommunale Entscheidungsprozesse transparenter gemacht werden?		
9. Wie können als „Gemeinschaft“ Bürgerinnen und Bürger aktiv an Entscheidungsprozessen teilhaben?		
10. Welche Möglichkeiten formaler und informeller Mitbestimmung an kommunalen Entscheidungsprozessen können die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen?		
11. Wie können kommunale Entscheidungsprozesse transparenter gemacht werden?		
12. Wie können als „Gemeinschaft“ Bürgerinnen und Bürger aktiv an Entscheidungsprozessen teilhaben?		
13. Welche Möglichkeiten formaler und informeller Mitbestimmung an kommunalen Entscheidungsprozessen können die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen?		
14. Wie können kommunale Entscheidungsprozesse transparenter gemacht werden?		
15. Wie können als „Gemeinschaft“ Bürgerinnen und Bürger aktiv an Entscheidungsprozessen teilhaben?		
16. Welche Möglichkeiten formaler und informeller Mitbestimmung an kommunalen Entscheidungsprozessen können die Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen?		
17. Wie können kommunale Entscheidungsprozesse transparenter gemacht werden?		
18. Wie können als „Gemeinschaft“ Bürgerinnen und Bürger aktiv an Entscheidungsprozessen teilhaben?		

LEHRPLANTEIL REALSCHULE

Themenübersicht

Klasse 8

- | | Zeitrhythmuswert |
|---|-------------------------|
| 1. Thema: Jugendliche in sozialen Gruppen oder | 8 Stunden |
| 2. Thema: Erziehung und soziales Lernen in der Familie | |
| 3. Thema: Politische Beteiligung in der Gemeinde, in der Region und im Land Rheinland-Pfalz | 10 Stunden |
| 4. Thema: Umgang mit Massenmedien | 7 Stunden |

Klasse 9

- | | |
|------------------------------------|-----------|
| 5. Thema: Recht und Rechtsprechung | 7 Stunden |
| 6. Thema: Berufswahlunterricht | 9 Stunden |
| 7. Thema: Wirtschaft und Umwelt | 9 Stunden |

Klasse 10

- | | |
|--|------------|
| 8. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland | 13 Stunden |
| 9. Thema: Der Prozeß der europäischen Einigung | 5 Stunden |
| 10. Thema: Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik | 7 Stunden |

1. Thema: **Jugendliche in sozialen Gruppen (alternativ zum 2. Thema)**

Problem / Leitfrage:

**1. Welche Bedeutung hat die Gruppe der Gleichaltrigen für Jugendliche in Schule und Freizeit?
(Individuum – Gruppe)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Gruppe	Verständnis, daß Gruppen für Jugendliche wichtige Bedürfnisse erfüllen können	Fälle aus Jugendliteratur, Filmen; Umfragen über Freizeitverhalten an der Schule	Orientierung, Solidarität, Identität, Freizeitgestaltung
Normen Wir-Gefühl Gruppendruck	Bewußtsein, daß Gruppen das Verhalten ihrer Mitglieder beeinflussen Einsicht in Gründe für den Anschluß Jugendlicher an Gruppen, die sich andere Normen setzen und von Werten der Gesellschaft abgrenzen	Projekt mit dem Deutschunterricht: Schreiben und Aufnehmen einer entsprechenden Spielszene (TB oder Video) Interviews mit Sachverständigen, Befragung von Mitschülerinnen und Mitschülern, wissenschaftliche Untersuchungen in altersgemäßer Aufbereitung	Solidarisierung – Abgrenzung, Ausgrenzung Die Gruppe als Problemlösungsversuch für – Perspektivlosigkeit – mangelnde Lebenschancen – Bindungslosigkeit – großstädtische Wohnsituation oder: Die Gruppe als alternative Lebensform gegen – Konsum- und Leistungsgesellschaft – Umweltzerstörung

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
2. Thema: English Problem / Leitfrage: 1. Wozu braucht Einer sich von Grundbegriffe Erziehung	<p>Bereitschaft, rationale, gewaltfreie Konfliktlösungen bei Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Gruppe anzustreben</p> <p>Bereitschaft, sich von Gruppen abzugrenzen, die die Individualität ihrer Mitglieder mißachten und/oder menschenverachtende Gewalt befürworten</p>	<p>Rollenspiel, „Spielregeln“ aufstellen</p> <p>Fallanalyse: Weg eines Jugendlichen in die geistige und wirtschaftliche Abhängigkeit von einer Sekte oder Biographie eines Jugendlichen in einer extremen Gruppierung</p>	<p>Zeitraum: 3 Stunden</p> <p>„Gehirnwäsche“ Gewaltbereitschaft, Radikalismus, Extremismus, Ausländerfeindlichkeit</p>

Problem / Leitfrage:

2. Wovon ist das Zusammenleben in einer Schulklasse bestimmt?

	<p>Überblick über Kriterien, die eine gute Klassengemeinschaft kennzeichnen</p> <p>Einblick in die Strukturen der eigenen Klasse und Kenntnis von Möglichkeiten, sie zu verbessern</p>	<p>Schülerbefragung</p> <p>Kennenlern-, Kooperations-, Vertrauensspiele Gemeinsame Planung einer Klassenfahrt</p>	<p>Zusammenleben von Kindern aus verschiedenen Kulturkreisen</p> <p>Helfersystem, Außenseiter Bindung – Isolation</p>
--	--	---	---

1. Thema: **Jugendliche in sozialen Gruppen (alternativ zum 2. Thema)**

Problem / Leitfrage:

**3. Welche Möglichkeiten haben die Schülerinnen und Schüler, auf das Schulleben Einfluß zu nehmen?
(Interesse – Konflikt)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Schülerinnen/ Schülervertre- tung	<p>Überblick über Teilnahmemöglichkeiten an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen und Einblick in Umsetzungschancen</p> <p>Einblick in die Grundsätze für die friedliche Konfliktregelung in der Schule</p> <p>Bereitschaft, eine nicht genehme, aber rechtens zustande gekommene Entscheidung zu akzeptieren</p>	<p>Mitwirkung an der Planung von Veranstaltungen; Erprobung von Teilnahmemöglichkeiten</p> <p>Mitwirkung bei Unterrichtsplanung und Unterrichtsgestaltung</p> <p>Projekt: „Wir und unsere Schule“</p> <p>Schreiben und Aufnahmen einer entsprechenden Spielszene (TB oder Video)</p> <p>Bestandsaufnahme: Gewalt in der Schule</p>	<p>Schulgesetz, Schulordnung</p> <p>Schülerzeitung, Schulausschuß, Klassensprecher/in und Schulleiternbeirat als Interessenvertreter</p> <p>Anhörung der Schülervertreter/innen</p> <p>Informationspflicht der Schulleiterin / des Schulleiters</p> <p>Schülerbeteiligung in verschiedenen Bereichen: u. a. umweltgerechtes Verhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Energieeinsparung – Müllvermeidung <p>Diskussion / Abstimmung / Satzung</p> <p>Mehrheit – Minderheit</p> <p>Verbindungslehrer/in</p> <p>– Konformität und Leistungsgeheiß</p> <p>– Umweltzerstörung</p>

2. Thema: **Erziehung und soziales Lernen in der Familie (alternativ zum 1. Thema)**

Problem / Leitfrage:

**1. Wozu braucht der Mensch eine Familie?
Einzelner – Familie**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Erziehung	<p>Einsicht in die Bedeutung der Familie für die kindliche Sozialisation:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kenntnis der frühkindlichen Sozialisation als der für die Entwicklung des Menschen wichtigsten Phase – Überblick über Bedingungen, die die Sozialisationsleistungen einer Familie positiv oder negativ beeinflussen können 	<p>Fallanalyse Auswertung wissenschaftlicher Studien in altersgemäßer Aufbereitung</p> <p>Fallanalyse Mögliches Projekt mit mehreren Fächern (z. B. Deutsch, Religion, Haushaltslehre, Biologie) Jugendbücher zum Thema</p>	<p>Kinder, die in den ersten Lebensjahren unter extrem ungünstigen Bedingungen aufwuchsen; Bedeutung der liebevollen Zuwendung (Bezugsperson), der Vermittlung von Zutrauen und Sicherheit (Urvertrauen) z. B. Wohnverhältnisse, Bedeutung der Entfaltungsmöglichkeiten im Spiel (Entwürfe familiengerechter Wohnungen und geeigneter Spielplätze; Umweltbelastungen (z. B. Lärm) Arbeitslosigkeit, fehlende Zuwendung, Gewalt in der Familie, Suchtprobleme</p>

2. Thema: **Erziehung und soziales Lernen in der Familie (alternativ zum 1. Thema)**

Problem / Leitfrage:

2. Warum wandelt sich die Familie?**(Gesellschaftlicher Wandel – Strukturwandel der Familie)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	Einblick in Gründe für den Wandel der Familie und ihrer Funktionen	Analyse von Bildern, Texten, statistischem Material mögliches Projekt mit dem Geschichtsunterricht	Familienstrukturen und -funktionen vergangener Jahrhunderte; Vergleich mit Form und Funktion, Gestaltungsmöglichkeiten und Problemen heutiger Kernfamilien, Alleinerziehender und Lebensgemeinschaften
Partnerschaft	Einsicht in die Ziele partnerschaftlichen Erziehungsverhaltens	Rollenspiel	Erziehungsziele früher und heute: Zusammenhang mit politischen Zielsetzungen und der Gesellschaftsstruktur Gegenüberstellung Patriarchat – Partnerschaft, Zusammenhang Erziehungsziele – Erziehungsstil; Erziehungsziele, z. B. formuliert in Grundgesetz, Landesverfassung, Schulgesetz und Schulordnung
	Überblick über traditionelle Erziehungsmuster bei Jungen und Mädchen und ihre möglichen Auswirkungen	Gruppenarbeit, Anfertigung verschiedener Werkstücke (Reportage, Videoaufzeichnung im Spielzeuggeschäft, Interview, Befragung, Wandzeitung, Einübung eines Rollenspiels . . .) Thema für eine Projektwoche	Unterschiede und deren mögliche Auswirkungen: z. B. Spielsachen, Erziehungsverhalten der Eltern, Schulabschlüsse, Berufswünsche, Berufsausbildung, Benachteiligung und Gleichstellung der Frau (Ausbildung, Arbeitsplatz, Mehrfachbelastung Beruf und Familie), Aufgaben des Mannes in der Familie, das Bild von Frau und Mann in den Medien, in der Werbung

Problem / Leitfrage:

3. Warum leben Familien aus anderen Kulturen anders als wir?

<p>Wertvorstellungen</p> <p>(Erwartungen)</p> <p>Grundbegriffe</p> <p>Statistik</p> <p>Kommunikation</p> <p>Selbstverwaltung</p> <p>Gemeinderat</p> <p>Stadtrat</p> <p>Bezirksrat</p> <p>Landtag</p>	<p>Einblick in die Lebensweise von Angehörigen anderer Kulturen und den gesellschaftlichen / religiösen Hintergrund der Verschiedenheiten</p> <p>Einsicht in die Möglichkeiten und Probleme des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Kulturen</p> <p>Einblick in die Möglichkeiten der Gemeinden zur Finanzierung ihrer Aufgaben</p> <p>Kennlinie der Entwicklung der Gemeindeentwicklung</p> <p>Einblick in die Möglichkeiten der Finanzierung ihrer Aufgaben</p> <p>Kennlinie der Entwicklung der Gemeindeentwicklung</p>	<p>Mögliches Projekt mit dem Erdkunde- und / oder Religionsunterricht</p> <p>Experten im Unterricht, (vgl. VV vom 08. 06. 1992, in: Amtsblatt Nr. 12/1992, S. 402)</p> <p>Befragungen, Interviews, Anfertigung einer Ton-/Bildreportage (Projekt)</p> <p>Befragung von Experten zu Einstellungen und Folgebewertung von Elternhäusern, die die Schulbildung ihrer Kinder mit ausländischen Lehrkräften</p> <p>Bereich/Strukturen einer Gemeinde</p>	<p>Möglichst Einbeziehung der Erfahrungen und Kenntnisse ausländischer Mitschüler oder Mitbürger</p> <p>Entwurf eines Katalogs von Möglichkeiten der Begegnung Kontaktaufnahme mit Organisationen</p> <p>Einblick in die Möglichkeiten der Finanzierung ihrer Aufgaben</p> <p>Kennlinie der Entwicklung der Gemeindeentwicklung</p> <p>Einblick in die Möglichkeiten der Finanzierung ihrer Aufgaben</p> <p>Kennlinie der Entwicklung der Gemeindeentwicklung</p> <p>Einblick in die Möglichkeiten der Finanzierung ihrer Aufgaben</p> <p>Kennlinie der Entwicklung der Gemeindeentwicklung</p> <p>Einblick in die Möglichkeiten der Finanzierung ihrer Aufgaben</p> <p>Kennlinie der Entwicklung der Gemeindeentwicklung</p>
--	--	---	---

2. Thema: **Erziehung und soziales Lernen in der Familie (alternativ zum 1. Thema)**

Problem / Leitfrage:

**4. Wie kann die Familie geschützt werden?
(Soziale Hilfen – staatliche Eingriffe in die Familie)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Partnerschaft	Kenntnis von Hilfen, die Familien oder einzelne Familienmitglieder in Anspruch nehmen können	Fallanalyse Gespräch mit Vertretern einer Beratungsstelle	Beratungsstellen privater und staatlicher Träger: Sorgentelefon, Kinderschutzbund, Jugendamt u. a. Staatliche Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Familie: Art. 3, 6, 7 GG; Art. 23 – 27 LV (§§ 1297 – 1921 BGB) Beratung – Betreuung – freiwilliger Schutz Einrichtungen für die Familie: Kindertagesstätten, Ganztags-schulen, Altenpflege, sozialer Wohnungsbau u. a.
Gleichberechtigung	Kenntnis des Anspruchs von Kindern auf staatlichen Schutz Bereitschaft, das Leben nach Grundsätzen der Gleichberechtigung zu gestalten	Experten im Unterricht Text schreiben: Wie ich mir mein Leben als Ehefrau/mann bzw. Mutter/Vater vorstelle Rollenspiel	UNO-Konvention „Rechte des Kindes“ Verhältnis Elternrecht / Kindesrecht / staatliche Aufsicht Schutzmaßnahmen / Hilfen des Staates in Problemfällen: Gewalt in der Familie, Kindesmißhandlung, sexueller Mißbrauch Gleichberechtigungsgesetz Gründe für Schwierigkeiten, Gleichberechtigung zu realisieren

Siehe dazu auch: BEISPIELE FÜR FÄCHERÜBERGREIFENDEN UNTERRICHT, S. III, IV, IX

3. Thema: **Politische Beteiligung in der Gemeinde, in der Region und im Land Rheinland-Pfalz**

Problem / Leitfrage:

**1. Wie erfüllt die Gemeinde ihre Aufgaben?
(Erwartungen – Knappheit der Mittel)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Gemeinde Kommune Selbst- verwaltung	Einsicht in die Bedeutung des Selbstverwaltungsrechts für die Gemeinden	Erkundung der eigenen Gemeinde: Erwartungshaltung der Einwohnerinnen und Einwohner – Leistungen der Gemeinde für die Menschen	Verschiedene Aufgabenarten: Selbstverwaltungsaufgaben, freie und Pflichtaufgaben, Auftragsangelegenheiten Art. 28 GG Prinzip der Allzuständigkeit der Gemeinden Art. 49 LV/GemO bürgernahe Entscheidung Verantwortlichkeit der Bürger für die lokalen Probleme Basis der Demokratie
Bürger- beteiligung	Einblick in die Begrenztheit der Möglichkeiten der Gemeinden zur Finanzierung ihrer Aufgaben	Befragung von Experten zu Erstellungs- und Folgekosten von Einrichtungen, die die Schülerinnen und Schüler besonders interessieren	Einnahmen- und Ausgabenstruktur der Gemeinden, Haushaltsplan Knappheit der Mittel Verschuldung
Gemeinderat/ Stadtrat (Orts-)bürger- meisterin/ (Orts-)bürger- meister Gemeinde- verwaltung	Kenntnis der Grundzüge der Gemeindeverfassung	Besuch/Simulation einer Rats-sitzung	Aufgabenteilung von Rat und Verwaltung Stellung der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters Mandatsträger – Verwaltungs-angestellter

3. Thema: **Politische Beteiligung in der Gemeinde, in der Region und im Land Rheinland-Pfalz**

Problem / Leitfrage:

**2. Wie können Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde politisch Einfluß nehmen?
(Betroffenheit – Beteiligung)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	<p>Bewußtsein der persönlichen Betroffenheit durch Problem- oder Mangellagen in der Gemeinde oder Entscheidungen kommunaler Institutionen</p> <p>Einblick in die Interessen der Betroffenen</p> <p>Kenntnis der Struktur des kommunalpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozesses</p>	<p>Erstellen einer Wandzeitung: Ausschnitte aus der Lokalpresse, Tagesordnungen von Ratssitzungen, Plakate/Flugblätter entwerfen Zusammenarbeit mit dem Fach Erdkunde, evtl. Kunst</p> <p>Befragung</p> <p>Planspiel: Kommunalen Interessenkonflikt Zusammenarbeit mit dem Fach Erdkunde</p>	<p>aktuelle Probleme in der eigenen Gemeinde z. B. Entsorgung</p> <p>Rolle der Verwaltung Bereitstellung von Alternativen durch die Parteien Gruppeneinflüsse z. B. Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen Legitimationsproblematik Arbeitsweise des Gemeinde-/ Stadtrates Funktion und Problematik der Fraktions- und Ausschußarbeit Eingeschränkte Entscheidungsfreiheit des Rates durch z. B. finanzielle Abhängigkeit von Bund, Land und Kreis Mehrheitsentscheidung</p>

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Gemeinwohl	Einsicht in die Notwendigkeit der Abwägung zwischen Sonderinteressen und ‚Gemeinwohl‘	Streitgespräch	Wirtschaftssonderinteressen – Landschaftsschutz, Umweltschutz Versorgung, Entsorgung
Kommunalwahl	Kenntnis des Kommunalwahlverfahrens	Umgang mit Wahlzetteln	Möglichkeiten der Stimmabgabe, z. B. kumulieren, panaschieren und streichen
Bürgerversammlung Bürgerinitiative	Überblick über konkrete Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb und außerhalb des Rates		Beteiligungsmöglichkeiten n. GemO Parteimitgliedschaft Tätigkeit in Verbänden und Vereinen
Bürgerbeteiligung	Bereitschaft zur Nutzung verschiedener Einflußmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf das Geschehen in der Gemeinde Bewußtsein der Erschwernisse für Beteiligungschancen	Leserbrief verfassen eigene Aktionen	Unüberschaubarkeit von Entscheidungen, Verlagerung von Entscheidungen vom Rat zur Verwaltung mangelnde Information finanzielle Abhängigkeiten Normative Faktoren: GG, LV, GemO: Diskussion über Ausländerwahlrecht

3. Thema: Politische Beteiligung in der Gemeinde, in der Region und im Land Rheinland-Pfalz

Problem / Leitfrage:

3. Welche Auswirkungen hat das bundesstaatliche Prinzip auf die Menschen in Rheinland-Pfalz? (Kommunalpolitik – Landespolitik – Bundespolitik)

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	<p>Bewußtsein der persönlichen Betroffenheit der Schülerinnen und Schüler durch Entscheidungen des Landes</p> <p>Kenntnis wichtiger Aufgabengebiete eines Bundeslandes</p>	<p>Analyse einer bildungspolitischen Entscheidung, Befragung einer zugezogenen Familie, bzw. Fallanalyse</p> <p>Fallanalyse</p>	<p>Bildungswesen: Lehrpläne</p> <p>Öffentliche Sicherheit und Ordnung Landesverwaltung und -planung Geminderecht Abgrenzung zu Kompetenzen von Kreisen / Gemeinden Subsidiaritätsprinzip regionale Wirtschaftsförderung Finanzausgleich</p>
Landtag Landesregierung Ministerpräsident Landtagswahlen	<p>Überblick über die Organe des Landes Rheinland-Pfalz, ihre Bestellung und Funktion</p>	<p>Erstellen einer Informationstafel</p>	<p>Aktuelles landespolitisches Thema</p>
	<p>Einblick in die Mitwirkung der Bundesländer bei der Gestaltung von Bundespolitik</p>	<p>Auswertung von Berichten aus den Sitzungen des Bundesrates</p>	<p>Probleme der Finanzierung der Deutschen Einheit durch die Länder o. a. aktuelle Problematik</p>

4. Thema: **Umgang mit Massenmedien**

Das Thema kann auch entsprechend der Unterrichtssituation

- mit einem anderen Thema verknüpft werden (z. B. Politische Beteiligung in der Gemeinde, in der Region und im Land Rheinland-Pfalz)
- mit Schwerpunkt auf der 3. und 4. Leitfrage behandelt werden, wenn die anderen Fragestellungen im Deutschunterricht geleistet wurden (Lehrplan Deutsch, Verstehen von Texten: Sachtexte ab Klasse 7)
- im Rahmen eines fächerübergreifenden Projektes als Beitrag des Faches Sozialkunde eingebracht werden (in Zusammenarbeit mit Deutsch, Religion, Bildende Kunst)

Problem / Leitfrage:

**1. Wie informiere ich mich durch die Medien?
(Fakten – Nachrichten – Meinungen)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Information	Fähigkeit, elementare Methoden zur Erschließung von Informationen anzuwenden	Analyse einzelner Nachrichten in einer Tageszeitung oder Nachrichtensendung Erklärung mit Hilfe von Atlanten, Lexika, Lehrbüchern etc. Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Zeitungsverlagen (kostenlose Klassensätze der Tageszeitung für einen bestimmten Zeitraum)	Fachsprache und ihre Entschlüsselung Unbekanntes und seine Erklärung Einzelheiten und ihr Zusammenhang

4. Thema: **Umgang mit Massenmedien**

Problem / Leitfrage:

**2. Werden wir richtig informiert?
(Information – Manipulation)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Nachricht	Beherrschung einfacher Methoden zur Evaluation von Medieninformationen	Arbeitsteilige Gruppenarbeit mit verschiedenen Zeitungen, Vergleich verschiedener Nachrichtensendungen/Zeitungartikel zum selben Ereignis	
Kommentar Information Manipulation	Einsicht in die Wirkungsabsichten von Nachrichten und Kommentar	Formulierung, Umformulierung, Kürzung von Nachrichten durch Schüler, Möglichkeit arbeitsgleichen Gruppenunterrichts: Herstellung einer dreiminütigen Nachrichtensendung auf der Basis einer Zeitungsseite Projekt: Schülerrundfunk	Lehrplan Deutsch, Klasse 9 „bewertender und meinungsbildender Text: Kommentar, auch medienvermittelt“
Nachrichten- agentur Redaktion	Fähigkeit, Fakten und Meinungen, Ist- und Sollaussagen, indirekte Aussagen, Vermutungen zu unterscheiden Kenntnis des Weges einer Nachricht vom Ereignis zum Leser bzw. Hörer oder Zuschauer Bewußtsein, daß unterschiedliche Meinungen zum gleichen Ereignis auf unterschiedlichen Interessen beruhen können	In Zusammenarbeit mit Zeitungsverlagen: Schülerinnen und Schüler erstellen eine Seite der Tageszeitung Besuch einer Zeitungsredaktion oder einer Nachrichtenagentur	Umweltproblematik in den Medien: Berichterstattung zwischen Beschwichtigung und Panikmache (Umweltkatastrophen)

Problem / Leitfrage:

**3. Wie können die Medien ihre Aufgaben in der Demokratie erfüllen?
(Medienfreiheit – Kontrolle)**

	<p>Einsicht in die Gründe für die Einführung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems</p>		<p>Erfahrungen aus dem 3. Reich: Rundfunk als Propagandamittel Demokratische Kontrolle und Beratung durch die gewählten Rundfunk- bzw. Programmbeiräte am Beispiel eines öffentlich-rechtlichen Senders</p>
	<p>Einsicht in Vor- und Nachteile des privatwirtschaftlichen Rundfunks und Fernsehens</p> <p>Verständnis für die wesentlichen Aufgaben der Massenmedien in der Demokratie</p>	<p>Erkundung eines privaten Senders</p>	<p>Bedeutung der Einschaltquoten für die Programmgestaltung</p> <p>Information, Kritik, Kontrolle, Meinungsbildung; Erläuterung exemplarisch anhand einer Nachricht und eines Kommentars</p>
<p>Meinungs- und Informationsfreiheit, Pressefreiheit</p>	<p>Einsicht in die Bedeutung der Meinungs- und Pressefreiheit</p>		<p>äußere und innere Pressefreiheit, Pressefreiheit im Zusammenhang mit der Schülerzeitung</p>

4. Thema: **Umgang mit Massenmedien**

Problem / Leitfrage:

**4. Wie wirken sich die elektronischen Medien und Kommunikationstechniken auf das Leben der Menschen aus?
(Wirklichkeit aus zweiter Hand – persönliche Erfahrung)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
elektronische Medien	Einblick in die möglichen Auswirkungen der elektronischen Medien und Kommunikationstechniken auf das Leben in der Familie Fähigkeit zu einem vernünftigen, selbstbestimmten Umgang mit den elektronischen Medien	Erstellung eines Überblicks: Die elektronischen Medien im Alltag der Schülerinnen und Schüler Untersuchung der Spiel- und Freizeitgewohnheiten Einsatz und Auswertung eines Computerspiels	Wirklichkeit aus zweiter Hand Wirklichkeitsentzug Isolation bei angemessener Nutzung: soziale Kontakte unter Gleichgesinnten Teleunterhaltung als Ersatz für persönliche und soziale Erfahrung; Computer: Zuwachs an technischem Verständnis und an Fertigkeiten Problematisierung von Computerspielen mit kriegsverherrlichendem und/oder rassistischem Hintergrund
	Bereitschaft, persönliche und soziale Wirklichkeitserfahrung der passiven Wahrnehmung durch Medien vorzuziehen	Projekt: sinnvolle Freizeitgestaltung	„Der wichtigste Knopf ist der Abschaltknopf“ Voraussetzungen einer kommunikativen Kompetenz

5. Thema: **Recht und Rechtsprechung**

- Das Thema kann – je nach Aktualität,
- nach lokalen Gegebenheiten
 - eigener Betroffenheit in einem konkreten Fall
 - Interesse und Vorwissen der Schülerinnen und Schüler
 - Kooperationsmöglichkeiten vor Ort mit einem Gericht

auch in Projektform behandelt werden oder mit besonderen Schwerpunkten versehen werden.

Es kann auch sinnvoll sein, das Thema an einem Schwerpunkt aufzuzäumen, z. B.:

- Ein aktueller Fall aus dem Jugendstrafrecht
- Ein Konflikt in der Gemeinde mit Verwaltungsgerichtverfahren
- Eine Grundsatzfrage des Rechtssystems wie Asyl oder § 218
- an Hand eines einschlägigen Jugendbuches (als Projekt)

Je nach örtlichen Gegebenheiten kann die Einbeziehung von Fachleuten empfohlen werden:

Richter/in, Anwalt/Anwältin, Jugendpfleger/in . . .

Der Besuch einer Gerichtsverhandlung – wenn auch durch die Notwendigkeit einer Vor- und Nachbereitung sehr zeitintensiv – wird ausdrücklich empfohlen.

Problem / Leitfrage:

**1. Warum regelt jede Gesellschaft Konflikte durch Gesetze und Ordnungen?
(Faustrecht – Rechtsordnung)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	Einsicht, daß weite Teile des Lebens durch gesetzliche Regelungen bestimmt sind	Analyse alltäglicher Situationen aus dem Erfahrungs-/Lebensbereich Jugendlicher	z. B. Geschäftsfähigkeit, Delikt-fähigkeit, Strafmündigkeit, Voll-jährigkeit, Haftung, Schulpflicht, Jugendschutz, Straßenverkehrs-ordnung



Problem / Leitfrage:

**1. Warum regelt jede Gesellschaft Konflikte durch Gesetze und Ordnungen?
(Faustrecht – Rechtsordnung)**

(Fortsetzung)

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Rechtsstaat Rechtsgut Gesetz Gerechtigkeit Menschenrechte	Bewußtsein, daß die Institutionalisierung von Recht für den gesellschaftlichen Frieden und den Schutz der Menschenwürde grundlegend ist	Fallanalyse: Schilderung eines rechtlosen Zustandes	Historisches oder fiktives Fallbeispiel
Instanz	Kenntnis des Aufbaus der Gerichtsbarkeit		Zweige, Funktionen und Aufbau der Gerichtsbarkeit anhand eines konkreten Falles
Grundgesetz Grundrecht	Einsicht, daß die Grundrechte eine Freiheitsgarantie für den einzelnen darstellen und staatliche Gewalt binden	Fallanalyse Projekt: Zerstörung des Rechtsstaates im Nationalsozialismus	Geschichte: Stoffbereich 11 z. B. Art. 1 GG: Schutz der Menschenwürde, Art. 4 GG: Glaubens- und Gewissensfreiheit, Art. 5 GG: Meinungsfreiheit, u. a.
Datenschutz	Einsicht in die Bedrohung wesentlicher Grundrechte durch den Mißbrauch personenbezogener Daten	Fallbeispiele vorgegebene/selbst erstellte Datenliste aus dem Lebensbereich Jugendlicher	Recht auf informationelle Selbstbestimmung – Speicherung von Daten in allen Lebensbereichen Möglichkeiten interessierter Gruppen, Gefahren für den einzelnen durch die Speicherung, Weitergabe und Verknüpfung personenbezogener Daten Datenschutzgesetze des Bundes und der Länder z. B. Verletzung des Gleichberechtigungsgrundsatzes Art. 3 GG zwischen Mann und Frau am Arbeitsplatz
	Kenntnis der Grundrechte als einklagbare Rechte	Fallbeispiel	

**2. Wie und warum reagiert die Gesellschaft auf Rechtsbrüche und Streitigkeiten?
(Rache – Erziehung)**

<p>Strafprozeß Zivilprozeß Urteil Schöffe</p>	<p>Einblick in die Unterschiede von Zivilprozeß und Strafprozeß</p> <p>Einblick in die Verfahrensgrundsätze und die Rechte der Angeklagten bei Strafprozessen</p>	<p>Fallbeispiel</p> <p>Besuch einer Gerichtsverhandlung, Gespräche mit der Richterin / dem Richter, der Staatsanwältin / dem Staatsanwalt, Spiel einiger Phasen innerhalb einer Verhandlung, Auswertung eines Schaubildes</p> <p>Nur in Verbindung mit einem Fallbeispiel</p>	<p>z. B. zivilrechtliche und strafrechtliche Seite eines Verkehrsunfalls</p> <p>Strafprozeß: Schuldfeststellung, öffentliches Interesse, Angeklagte(r), Verteidiger/in, Staatsanwalt/ anwältin, Richter/in, Schöffe, Schöffin</p> <p>Zivilprozeß: privates Interesse, Schadensersatz, freiwilliges Verfahren, kein Staatsanwalt, Kläger/in, Beklagte(r), Vergleich, Urteil; mögliche Beeinträchtigung des Grundrechts auf Gleichbehandlung durch Prozeßdauer und Kosten beim Zivilprozeß – Prozeßkostenhilfe</p> <p>z. B.:</p> <ul style="list-style-type: none">- Verbot der Doppelbestrafung (Art. 103 (3) GG)- keine Strafe ohne Gesetz (Art. 103 (2) GG)- Verbot der rückwirkenden Bestrafung (Art. 103 (2) GG)- Recht auf Gehör (Art. 103 (1) GG)- Unabhängigkeit der Richter (Art. 97 GG)
---	---	---	---

5. Thema: **Recht und Rechtsprechung**

Problem / Leitfrage:

**2. Wie und warum reagiert die Gesellschaft auf Rechtsbrüche und Streitigkeit?
(Rache – Erziehung)**

(Fortsetzung)

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	Einblick in die Vielfalt von Ursachen für Straftaten	Auswertung des Lebenslaufs eines Straftäters / einer Straftäterin	
	Kenntnis von Strafen bzw. Maßnahmen gegenüber Jugendlichen wie: – Erziehungsmaßregeln – Zuchtmittel – Jugendstrafe		Besonderheiten des Jugendstrafrechts
Erziehung Wiedereingliederung	Einsicht in den Zusammenhang von Delikt, Strafmaßnahmen und Strafzielen und in den gesellschaftlichen Wandel in der Auffassung von Strafe	Auswertung von Bildern und Texten Projekt mit dem Geschichtsunterricht	Rache, Vergeltung, Abschreckung, Erziehung, (Wieder-) Eingliederung; historischer Vergleich, veränderte Strafauffassung am Beispiel von Umweltschutz
			Realschule Klasse 9 Zeitrichtwert: 9 Stunden

6. Thema: **Berufswahl**

Das Konzept liegt gesondert vor und wird hier nicht erneut aufgenommen. Siehe Veröffentlichung Landesarbeitsamt Rheinland-Pfalz – Saarland / Pädagogisches Zentrum (Hg.): Berufswahlunterricht in Realschulen. Saarbrücken und Bad Kreuznach, Januar 1989

7. Thema: **Wirtschaft und Umwelt**

Eine Absprache mit dem Fach Erdkunde ist unbedingt erforderlich

Problem / Leitfrage:

**1. Welche Rolle spielt die / der Jugendliche im Wirtschaftsgeschehen?
(unbegrenzte Bedürfnisse – Knappheit der Güter – Verteilung)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Bedürfnisse Güterknappheit	Einblick in das Verhalten von Jugendlichen im Wirtschaftsablauf als Konsumenten Einsicht in die Notwendigkeit des Wirtschaftens und der rationalen Verfügung über die knappen Ressourcen	Fragebogen zum Konsumverhalten der Schülerinnen und Schüler Ökonomische und ökologische Planung einer Veranstaltung, z. B. Schüler-Disko, Radtour	Verschwendung von Gütern Klassifikation der Bedürfnisse Arbeitsteilung Ökonomisches Prinzip Luxusbedürfnisse in der Konsumgesellschaft angesichts von Hunger und wirtschaftlicher Not in anderen Ländern
	Bereitschaft, als kritische Verbraucher Kosten, Nutzen und Umweltverträglichkeit eines Produktes rational abzuwägen	Besuch einer Verbraucherberatungsstelle	Bedürfnisweckung – tatsächlicher Nutzen

7. Thema: **Wirtschaft und Umwelt**

Problem / Leitfrage:

2. Wie können Probleme des Ausgleichs von wirtschaftlicher Freiheit, sozialer Gerechtigkeit, Sicherung der Lebensgrundlagen und Erhaltung der Umwelt geregelt werden?
(Wirtschaftliche Freiheit – soziale Gerechtigkeit) (Ökonomie – Ökologie)

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Markt	<p>Kenntnis der Funktionsweise des Marktmechanismus</p> <p>Einsicht in die Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft</p>	<p>Fallanalyse: Konkurrenzsituation zweier Produzenten oder Dienstleistungsanbieter</p> <p>Rollenspiel: Kapitalistischer Unternehmer und Arbeiter im 19. Jh. Tabellarische Zusammenstellung von ‚Faktoren sozialer Unsicherheit‘, Folgen, Lösungsmöglichkeiten Zusammenarbeit mit dem Fach Geschichte</p>	<p>Additum: phänomenologischer Vergleich Marktwirtschaft – Zentralverwaltungswirtschaft</p> <p>Nachteile eines rein marktwirtschaftlichen Systems, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen</p>
soziale Sicherheit	<p>Kenntnis von Aufgabenfeldern des Staates</p> <p>Einblick in die Problematik wirtschaftspolitischer Ziele</p>	<p>Fallanalyse: Sozialer Abstieg einer Familie Erstellen einer Informationsbrochure zus. mit Sozialpädagogik</p> <p>Fallanalyse: Expandierendes Unternehmen in einer Gemeinde Zusammenarbeit mit Erdkunde</p>	<p>insbes. Einkommens- und Sozialpolitik</p> <p>„Magisches Viereck/Sechseck“ quantitatives/qualitatives Wachstum Problematisierung des Begriffs Lebensqualität</p>

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Umweltschutz	Einblick in die Aufgaben und Möglichkeiten des Staates beim Umweltschutz	Einsatz kybernetischer Spiele Computer Software Zusammenarbeit mit Erdkunde	
Tarifautonomie Gewerkschaften Arbeitgeberverbände Tarifvertrag	Kenntnis von Möglichkeiten des Interessenausgleichs zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern Verständnis eines erzielten Kompromisses als eine nach Maßgabe der Vernunft und Gerechtigkeit zustandegekommene Einigung	Rollenspiel: Tarifverhandlungen Analyse einer Tarifaueinander- setzung als System friedlicher Konfliktregelung Sammeln und Ordnen von Presse- meldungen	Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG) Verhandlung, Vermittlung, Schlichtung, Streik, Aussperrung Löhne als Entgelt für Arbeit und als Kosten; Humanisierung, Rationali- sierung; Arbeitszeitverkürzung; Arbeitsplatzsicherung, (Lohn-) Diskriminierung

Siehe dazu auch: BEISPIELE FÜR FÄCHERÜBERGREIFENDEN UNTERRICHT, Seite VI und Seite VII

8. Thema: **Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland**

Problem / Leitfrage:

**1. Wie fallen politische Entscheidungen?
(Interessenpluralität – politische Entscheidungen)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Partei	<p>Fähigkeit, in einer aktuellen Kontroverse die Standpunkte der Parteien und ggf. Verbände und Bürgerinitiativen herauszufinden</p> <p>Einblick in die Möglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, ihre Interessen öffentlich zu artikulieren</p> <p>Einsicht, daß eine Konkurrenz von Parteien Voraussetzung für die demokratische Ordnung ist</p> <p>Kenntnis von Zielsetzungen und Methoden extremistischer Gruppen und Fähigkeit und Bereitschaft, sie nach demokratischen Grundwerten zu beurteilen</p>	<p>Auswertung von Texten in Gruppenarbeit, politischer Wochenbericht, Spiel eines Hearings, Interview von Parteivertretern, Podiumsdiskussion</p> <p>mögliches Projekt mit dem Geschichtsunterricht</p> <p>Untersuchung von Situationen, in denen sich extreme Einstellungen zur Lösung politischer Fragen widerspiegeln, z. B. Arbeitslosigkeit, Unterbringung von Asylbewerbern</p>	<p>reales (oder fiktives) Gesetzesvorhaben</p> <p>Nachrichten in den Medien, Veröffentlichungen der Parteien und Verbände</p> <p>am konkreten Beispiel zusammenstellen</p> <p>Diktatur einer Partei – Texte zur Rolle und zum Anspruch dieser Partei; z. B. NSDAP, SED</p> <p>Das Lernziel kann auch in Zusammenhang mit einer aktuellen Kontroverse erreicht werden.</p> <p>Politikverdrossenheit</p>

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Interessenverband	Einsicht in die Vor- und Nachteile des Verbandseinflusses	Fallanalyse	„Politisch wirksam kann nur werden, wer sich organisiert.“ Einbringen von Gruppeninteressen in den politischen Entscheidungsprozess; Dominanz großer, finanzstarker über kleine, finanzschwache Verbände
Bundestag Bundesrat	Überblick über den Ablauf eines Gesetzgebungsverfahrens	Erstellung/Vervollständigung eines Schaubildes	
	Überblick über die Funktionen von Plenum, Ausschüssen und Arbeitskreisen	Zuordnung vorgegebener Merkmale	Problem: Funktionsverlust des Plenums?
Bundespräsident	Überblick über den institutionellen Aufbau des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik Deutschland und der Aufgaben der Staatsorgane	Analyse eines Schaubildes	Art. 38 (1), Art. 50, Art. 54 (3), Art. 59, Art. 65 GG
Abgeordnete/r Fraktion	Überblick über die Aufgaben und Funktionen des Abgeordneten und der Fraktion		
Opposition	Überblick über die in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen konstitutionell vorgesehenen Opposition	Entwicklung eines Schaubildes	Grundrechte, Föderalismus, Gewaltenteilung (=Verschärfung), Opposition, Rechtsprechung, Massenmedien

8. Thema: **Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland**

Problem / Leitfrage:

**2. Warum ist unser Wahlrecht so kompliziert?
(direkte – indirekte Demokratie)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Grundbegriffe	Einblick in die Funktionen und Zielgruppen des Wahlkampfes	Auswertung von Wahlkampfmaterial	Konkurrenzkampf zwischen Personen und Parteien, Programmen und Ideen; Verbindung von Wählern und Gewählten Aktivierung des politischen Interesses; Stammwähler, Wechselwähler, Unentschlossene, Nichtwähler, Frauen, Männer Wahlrechtsgrundsätze als Kennzeichen demokratischer Wahl
Partei	Einsicht, daß die moderne Massendemokratie der Parteien bedarf	Gegenüberstellung der „Lands-gemeinde“ im Schweizer Kanton Appenzell	direkte – indirekte Demokratie „Lands-gemeinde: politische Entscheidungen in Volksversammlungen, Argumente pro/contra mehr direkter Demokratie in der Bundesrepublik (Volksbegehren, Volksentscheid)
Wahlrecht	Einsicht in das Problem der geringen Partizipation von Frauen in politischen Parteien	Parteifunktionär/in im Unterricht Auswertung von statistischem Material	Chancen und Bedingungen von Frauen: Erziehung, Schule, Doppelbelastung in Familie und Beruf, Möglichkeiten der Kinderbetreuung Mitgliederstruktur und Partizipation in Parteien

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
personalisiertes Verhältniswahlrecht Erststimme Zweitstimme	Kenntnis der Bedeutung der Erst- und Zweitstimme bei der Bundestagswahl und der sich daraus ergebenden Möglichkeiten für die Stimmabgabe	Ausfüllen eines Wahlzettels	
Bundesregierung Koalition	Einsicht in die Fragen der Regierungsbildung	exemplarisch an einem Wahlergebnis	Kanzlerwahl (Art. 73 GG) Koalitionsabsprachen

Problem / Leitfrage:

**3. Kann die Regierung wirksam kontrolliert werden?
(Mehrheitsprinzip – Minderheitenschutz)**

Opposition	Bereitschaft, die Möglichkeit oppositionellen Verhaltens als Grundrecht einer demokratischen Ordnung anzuerkennen	Auseinandersetzung mit vorgegebenen oder selbst gefundenen Situationen aus verschiedenen Lebensbereichen; Formulierung von Regeln	Umgang mit Menschen, die anderer Meinung sind, andere Interessen haben Rechte der Opposition
Abgeordnete(r) Fraktion	Einsicht in das Spannungsverhältnis zwischen der Unabhängigkeit des Abgeordneten und der Fraktionsdisziplin Kenntnis der Aufgaben und Handlungsmöglichkeiten der Opposition im Parlament	Spiel: Entscheidungsfindung bei einer Fraktionssitzung Fallanalyse: aktuelle Kontroverse	Gesetzgebungsvorhaben im Widerstreit von Koalition und Opposition bei knapper Parlamentsmehrheit Kritik, Kontrolle, Alternative (persönlich und sachlich)
Föderalismus Gewaltenteilung Bundesverfassungsgericht	Überblick über die in der Bundesrepublik Deutschland vorhandenen Kontrollmöglichkeiten gegenüber staatlicher Macht	Entwicklung eines Schaubildes	Grundrechte, Föderalismus, Gewaltenteilung (-verschränkung), Opposition, Rechtsprechung, Massenmedien

8. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland

Problem / Leitfrage:

4. Wie wirkte das sozialistische System der DDR auf das Leben der Menschen ein? (Kollektivismus – Individualität)

Die Themenabfolge muß mit dem Fach Geschichte (Stoffbereich 23) abgestimmt werden. Das Ausmaß der zu bewältigenden Probleme und der Aktualität des Themas zum jeweiligen Zeitpunkt der Behandlung im Unterricht sollten ausschlaggebend für den gewählten Stundenansatz sein.

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	Einblick in Stationen der unfreiwilligen Teilung Deutschlands hinsichtlich ihrer Bedeutung für die Menschen in der DDR	Erläuterung anhand einer Auflistung historischer Ereignisse; mögliches Projekt mit dem Geschichtsunterricht	1945 – vier Besatzungszonen 1949 – Gründung von Bundesrepublik und DDR 17. 06. 1953 – Volksaufstand 13. 08. 1961 – Bau der Mauer 09. 11. 1989 – Öffnung der Mauer 03. 10. 1990 – Vereinigung Deutschlands
Kollektiv	Einblick in Erziehungsziele des sozialistischen Systems der DDR	Auswertung von Texten	FDJ als Jugendorganisation der SED Führungsanspruch der SED Sozialistische Persönlichkeit Scheitern in der Realität
	Einblick in Formen politischer Unterdrückung in der DDR	Fallbeispiele für die Mißachtung von Menschenrechten	Ministerium für Staatssicherheit
	Überblick über Formen oppositionellen Verhaltens der DDR-Bürger als Protest gegen das politische System	Auswertung von Texten	Veröffentlichung der evangelischen Kirche, des Neuen Forums, Massenflucht, Demonstrationen „Wir sind das Volk“

Problem / Leitfrage:

**5. Wie kann das vereinte Deutschland die Probleme der Integration bewältigen?
(Wirtschaftliches Wachstum – soziale Gerechtigkeit – ökologische Vernunft)**

<p>Zentralverwaltungs-wirtschaft</p>	<p>Einblick in wesentliche Merkmale der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft (zentrale Produktionsentscheidungen, Arbeitsplatzgarantie)</p> <p>Einsicht in die Probleme des Übergangs der DDR-Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft</p> <p>Verständnis für die Bemühungen, die Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland grundlegend zu verbessern</p> <p>Bewußtsein, daß der Abbau von Vorurteilen Bedingung des Zusammenlebens ist</p>	<p>Fallanalyse mögliches Projekt mit dem Geschichtsunterricht</p> <p>Fallbeispiel (ein Betrieb) mögliches Projekt mit dem Erdkundeunterricht</p> <p>Analyse von Einzelschicksalen Lektüre von Jugendbüchern</p> <p>Begegnungen/Austausch mit Gleichaltrigen aus den neuen Bundesländern</p>	<p>z. B. Konsumgüterversorgung (Auto) Recht auf Arbeit – Arbeitsplatzzuweisung – verdeckte Arbeitslosigkeit</p> <p>Dezentrale Entscheidung Weltmarkt-Konkurrenz Konkurse, Arbeitslosigkeit, Privatisierung</p> <p>Kosten – Verpflichtung zu Verzichtleistungen in den alten Bundesländern (Erhöhung von Steuern und Abgaben)?</p> <p>Brune, Joachim et al.: „... aber die Mauern bauen die Menschen sich selbst ...“ 1000 Schülerinnen und Schüler aus Rheinland-Pfalz und Thüringen äußern sich zur Deutschen Einheit. Hg.: Staatliches Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz und Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien. Speyer und Arnstadt 1992</p>
--------------------------------------	---	---	--

9. Thema: **Der Prozeß der europäischen Einigung**

Eine Absprache mit den Fächern Erdkunde und Geschichte ist erforderlich

Problem / Leitfrage:

**1. Welche Bedeutung hat der europäische Einigungsprozeß für das Leben der Menschen in Europa?
(Nationale Souveränität – supranationale Kompetenz)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Integration Europäische Gemeinschaft (EG)	Einblick in den Verlauf und aktuellen Stand des Integrationsprozesses Überblick über die Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse der EG-Institutionen	Erstellen einer Zeittafel Projekt: Dokumentation von Schul- oder Städtepartnerschaft Zusammenarbeit mit den Fächern Geschichte/Erdkunde Erkundung einer EG-Institution Fallanalyse	Römische Verträge Europäische Zusammenschlüsse EGKS/Euratom/EWG/WEU/EPZ/ EWS/EEW Maastrichter Verträge Geschichte: Stoffbereich 24 Erdkunde: 10.2 Kommission (Initiativrecht) Ministerrat (Entscheidungsbefugnis) Europäisches Parlament (Beratende Funktion) Problematisierung hinsichtlich demokratischer Gewaltenteilung Europäischer Gerichtshof Europarat Geschichte: Stoffbereich 24

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Binnenmarkt Wirtschafts- und Währungsunion Politische Union	Einblick in Probleme und Chancen, die durch Aufgabe nationaler Souveränität entstehen	Fächerübergreifendes Projekt mit Biologie und Erdkunde: Umweltschutz – Umweltschutz kennt keine Grenzen	Beispiel Saar-Lor-Lux-Region Rhein Nationale Egoismen Notwendigkeit bindender gemeinsamer Regelungen Akzeptanz der europäischen Integration Subsidiaritätsprinzip
	Bewußtsein der Auswirkungen der wirtschaftlichen und politischen Einigung für die persönliche Lebenssituation der Menschen	Befragung einer aus dem EG-Bereich stammenden Familie Erkundung eines Betriebes, der Waren für den europäischen Markt produziert Zusammenarbeit mit Wirtschafts- und Soziakunde	Ausbildung, Studium, Arbeitsplätze, Standortfrage, Löhne Preisgefüge, Freizügigkeit, gemeinsame Währung

Problem / Leitfrage:

2. Welchen Beitrag zur internationalen Verständigung kann die EG leisten?

Assoziierung	Einblick in die Rolle der EG in der Weltpolitik	Sammeln aktueller Meldungen und Produktion eines Videos aus Aufzeichnungen	Politik gegenüber den Weltwirtschaftsmächten und den Ländern der 3./4. Welt Erdkunde: 10.4 Reaktion der EG bei internationalen Konflikten
	Einblick in Vorstellungen und Modelle für die Weiterentwicklung der EG	Herstellen eines Hörspiels: Eine unglaubliche Reise	Einheitliche Europäische Akte Assoziierung ost- und südost-europäischer Länder Vertikale Integration

Siehe dazu auch: BEISPIELE FÜR FÄCHERÜBERGREIFENDEN UNTERRICHT, Seiten VII, VIII, X, XII

10. Thema: **Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik**

Problem / Leitfrage:

1. Können internationale Konflikte gerecht geregelt werden?

(Gewalt – Frieden)

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Konflikt Interesse	Einblick in Konfliktursachen, Interessen und Handlungen der unmittelbar und mittelbar Beteiligten	Möglichkeit eines fächerübergreifenden Projekts in Zusammenarbeit mit dem Fach Religion z. B. Bau einer Friedenslitfaßsäule, die wöchentlich ergänzt bzw. verändert wird Tonbildserien herstellen, Erstellen einer Wandzeitung	
	Einblick in Zusammenhänge zwischen lokalen/regionalen Konflikten und überregionalen Interessen bzw. Konfliktfeldern	Fallstudie z. B. Nahost-Konflikt evtl. Zusammenarbeit mit dem Fach Geschichte	Zuordnung dieses Konfliktes zu überregionalen Konfliktfeldern, Rolle und Interessen von Großmächten, politische, ideologische, wirtschaftliche und religiöse Motive (z. B. Fundamentalismus), Gefahr weltweiter Eskalation
	Bewußtsein der Auswirkungen von lokalen/regionalen bzw. überregionalen Konflikten auf das eigene Leben		

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Bundewehr	Einsicht in die politische und ethische Notwendigkeit einer gewaltfreien Konfliktregelung	Diskussion, Interviews mit Friedensinitiativen Analyse von Friedens-/Antikriegsfilmen	Krieg, ein zu ächtendes Phänomen Auswirkungen moderner Waffen „Gerechter Krieg?“ „Gewaltsame Lösung? = Lösung?“
Waffenstillstand	Einsicht, daß Friedenspolitik über bloße Kriegsverhinderung hinausgehen muß	Fallstudie: Probleme eines Entwicklungslandes	unterschiedliche Friedensbegriffe Elemente einer Friedenspolitik, z. B. – Abbau von Feindbildern – Abbau sozialer Ungerechtigkeit – Akzeptanz von Institutionen gewaltfreier Konfliktregelung UN-Charta/Völkerrecht Nord-Süd-Konflikt
Vereinte Nationen	Einsicht in die Handlungsmöglichkeiten der Vereinten Nationen	Fallanalyse	aktuelle/historische Befriedungsversuche Organe, Aufgaben, Erschwernisse für die Zusammenarbeit Vetorecht Mißachtung der Resolutionen durch einzelne Staaten Durchsetzung von UN-Resolutionen

10. Thema: **Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik**Problem / Leitfrage: **Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik****2. Wie können Frieden und Sicherheit im internationalen Rahmen gewährleistet werden?
(Konfrontation – Kooperation)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Nato	Einblick in verschiedene sicherheitspolitische Konzepte	methodische Anregungen	Bündnispolitik Politik der Abschreckung militärische Verteidigung politische Entspannung Auflösung des Warschauer Paktes Aufgabenveränderung bzw. -erweiterung der Nato Geschichte: Stoffbereich 25
Abrüstung	Einblick in Handlungsfelder internationaler Sicherheits- und Friedenspolitik	Einordnen mit Hilfe eines Rasters	Abrüstungsverhandlungen: Rüstungskontrolle, -begrenzung, -verminderung, Abrüstung Verifikation vertrauensbildende Maßnahmen Geschichte: Stoffbereich 25
KSZE	Einsicht in Grenzen und Möglichkeiten friedlicher Kooperation zwischen Staaten		Sicherheits- und Friedenspolitik auf der Grundlage von vertrauensbildenden Maßnahmen und einer Zusammenarbeit in möglichst vielen Bereichen Schlußakte von Helsinki (4 Körbe) Folgekonferenzen KVAE/VKSE Pariser Charta 1990 (Ende des Ost-West-Konflikts) Konfliktregelungsinstrumentarium der KSZE

Problem / Leitfrage:

**3. Welche Bedeutung haben Wehr- und Ersatzdienst für den Frieden?
(Politische Verantwortung – Gewissensentscheidung)**

Bundeswehr	Einblick in die aktuelle Funktion der Bundeswehr im Rahmen der internationalen Sicherheitspolitik	Befragung: Gespräch mit dem Jugendoffizier	Auftrag der Bundeswehr Einsatz im Bündnissystem und im Auftrag internationaler Organisationen
Wehrpflicht	Bewußtsein, daß die allgemeine Wehrpflicht eine vom Grundgesetz legitimierte Grundpflicht ist		Art. 4, Abs. 3 GG Wehrgerechtigkeit
Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen	Verständnis des Grundrechts auf Verweigerung des Dienstes mit der Waffe als eine individuelle, im Gewissen des einzelnen begründete Entscheidung	Diskussion mit Ersatzdienstleistenden Zusammenarbeit mit dem Fach Religion	Leitsätze aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. 4. 1978

LEHRPLANTEIL GYMNASIUM

Themenübersicht

Klasse 9

	Zeitrichtwert
1. Thema: Jugendliche in sozialen Gruppen	7 Stunden
2. Thema: Erziehung und soziales Lernen in der Familie	5 Stunden
3. Thema: Politische Beteiligung in der Gemeinde, in der Region und im Land Rheinland-Pfalz	10 Stunden
4. Thema: Recht und Rechtsprechung	9 Stunden
5. Thema: Umgang mit Massenmedien	7 Stunden
6. Thema: Wirtschaft und Umwelt	12 Stunden

Klasse 10

7. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland	14 Stunden
8. Thema: Der Prozeß der europäischen Einigung	4 Stunden
9. Thema: Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik	7 Stunden

In den altsprachlichen Gymnasien empfiehlt es sich, die Themen 1 – 3 in Klasse 8, die Themen 4 – 6 in Klasse 9 zu behandeln.

1. Thema: **Jugendliche in sozialen Gruppen**

Problem / Leitfrage:

**1. Welche Bedeutung hat die Gruppe der Gleichaltrigen für Jugendliche in Schule und Freizeit?
(Individuum – Gruppe)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Gruppe	Verständnis, daß Gruppen für Jugendliche wichtige Bedürfnisse erfüllen können	Fälle aus Jugendliteratur, Filmen; Umfragen über Freizeitverhalten an der Schule	Orientierung, Solidarität, Identität, Freizeitgestaltung
Normen Wir-Gefühl Gruppendruck	Bewußtsein, daß Gruppen das Verhalten ihrer Mitglieder beeinflussen Einsicht in Gründe für den Anschluß Jugendlicher an Gruppen, die sich andere Normen setzen und von Werten der Gesellschaft abgrenzen	Projekt mit dem Deutschunterricht: Schreiben und Aufnehmen einer entsprechenden Spielszene (TB oder Video) Interviews mit Sachverständigen, Befragung von Mitschülerinnen und Mitschülern, wissenschaftlichen Untersuchungen in altersgemäßer Aufbereitung	Solidarisierung – Abgrenzung, Ausgrenzung Die Gruppe als Problemlösungsversuch für – Perspektivlosigkeit – mangelnde Lebenschancen – Bindungslosigkeit – großstädtische Wohnsituation oder: Die Gruppe als alternative Lebensform gegen – Konsum- und Leistungsgesellschaft – Umweltzerstörung

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	<p>Bereitschaft, rationale, gewaltfreie Konfliktlösungen bei Auseinandersetzungen innerhalb und außerhalb der Gruppe anzustreben</p> <p>Bereitschaft, sich von Gruppen abzugrenzen, die die Individualität ihrer Mitglieder mißachten und/oder menschenverachtende Gewalt befürworten</p>	<p>Rollenspiel, „Spielregeln“ aufstellen</p> <p>Fallanalyse: Weg eines Jugendlichen in die geistige und wirtschaftliche Abhängigkeit von einer Sekte oder Biographie eines Jugendlichen in einer extremen Gruppierung</p>	<p>Zielzeitwert: 3 Stunden</p> <p>„Gehirnwäsche“ Gewaltbereitschaft, Radikalismus, Extremismus, Ausländerfeindlichkeit</p>

Problem / Leitfrage:

2. Wovon ist das Zusammenleben in einer Schulklasse bestimmt?

	<p>Überblick über Kriterien, die eine gute Klassengemeinschaft kennzeichnen</p> <p>Einblick in die Strukturen der eigenen Klasse und Kenntnis von Möglichkeiten, sie zu verbessern</p>	<p>Schülerbefragung</p> <p>Kennenlern-, Kooperations-, Vertrauensspiele Gemeinsame Planung einer Klassenfahrt</p>	<p>Zusammenleben von Kindern aus verschiedenen Kulturkreisen</p> <p>Helfersystem, Außenseiter Bindung – Isolation</p>
--	--	---	---

1. Thema: **Jugendliche in sozialen Gruppen**

Problem / Leitfrage:

**3. Welche Möglichkeiten haben die Schülerinnen und Schüler, auf das Schulleben Einfluß zu nehmen?
(Interesse – Konflikt)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Schülerinnen-/ Schülervertretung	<p>Überblick über Teilnahmemöglichkeiten an Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen und Einblick in Umsetzungschancen</p> <p>Einblick in die Grundsätze für die friedliche Konfliktregelung in der Schule</p> <p>Bereitschaft, eine nicht genehme, aber rechtens zustande gekommene Entscheidung zu akzeptieren</p>	<p>Mitwirkung an der Planung von Veranstaltungen; Erprobung von Teilnahmemöglichkeiten</p> <p>Mitwirkung bei Unterrichtsplanung und Unterrichtsgestaltung</p> <p>Projekt: „Wir und unsere Schule“</p> <p>Bestandsaufnahme: Gewalt in der Schule</p>	<p>Schulgesetz, Schulordnung</p> <p>Schülerzeitung, Schulausschuß, Klassensprecher/in und Schülereaternbeirat als Interessenvertreter</p> <p>Anhörung der Schülervertreter/innen</p> <p>Informationspflicht der Schulleiterin / des Schulleiters</p> <p>Schülerbeteiligung in verschiedenen Bereichen: u. a. umweltgerechtes Verhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Energieeinsparung – Müllvermeidung <p>Diskussion / Abstimmung / Satzung</p> <p>Mehrheit – Minderheit</p> <p>Verbindungslehrer/in</p>

2. Thema: **Erziehung und soziales Lernen in der Familie**

Problem / Leitfrage:

**1. Wozu braucht der Mensch eine Familie?
(Einzelner – Familie)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Erziehung	<p>Einsicht in die Bedeutung der Familie für die kindliche Sozialisation:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Kenntnis der frühkindlichen Sozialisation als der für die Entwicklung des Menschen wichtigsten Phase – Überblick über Bedingungen, die die Sozialisationsleistungen einer Familie positiv oder negativ beeinflussen können 	<p>Fallanalyse Auswertung wissenschaftlicher Studien in altersgemäßer Aufbereitung</p> <p>Fallanalyse Mögliches Projekt mit mehreren Fächern (z. B. Deutsch, Religion, Haushaltslehre, Biologie) Jugendbücher zum Thema</p>	<p>Kinder, die in den ersten Lebensjahren unter extrem ungünstigen Bedingungen aufwuchsen; Bedeutung der liebevollen Zuwendung (Bezugsperson), der Vermittlung von Zutrauen und Sicherheit (Urvertrauen)</p> <p>z. B. Wohnverhältnisse, Bedeutung der Entfaltungsmöglichkeiten im Spiel (Entwürfe familiengerechter Wohnungen und geeigneter Spielplätze); Umweltbelastungen (z. B. Lärm) Arbeitslosigkeit, fehlende Zuwendung, Gewalt in der Familie, Suchtprobleme</p>

2. Thema: **Erziehung und soziales Lernen in der Familie**

Problem / Leitfrage:

2. Warum wandelt sich die Familie?**(Gesellschaftlicher Wandel – Strukturwandel der Familie)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	Einblick in Gründe für den Wandel der Familie und ihrer Funktionen	Analyse von Bildern, Texten, statistischem Material mögliches Projekt mit dem Geschichtsunterricht	Familienstrukturen und -funktionen vergangener Jahrhunderte; Vergleich mit Form und Funktion, Gestaltungsmöglichkeiten und Problemen heutiger Kernfamilien, Alleinerziehender und Lebensgemeinschaften
Partnerschaft	Einsicht in die Ziele partnerschaftlichen Erziehungsverhaltens	Rollenspiel	Erziehungsziele früher und heute: Zusammenhang mit politischen Zielsetzungen und der Gesellschaftsstruktur Gegenüberstellung Patriarchat – Partnerschaft, Zusammenhang Erziehungsziele – Erziehungsstil; Erziehungsziele, z. B. formuliert in Grundgesetz, Landesverfassung, Schulgesetz und Schulordnung
	Überblick über traditionelle Erziehungsmuster bei Jungen und Mädchen und ihre möglichen Auswirkungen	Gruppenarbeit, Anfertigung verschiedener Werkstücke (Reportage, Videoaufzeichnung im Spielzeuggeschäft, Interview, Befragung, Wandzeitung, Einübung eines Rollenspiels . . .) Thema für eine Projektwoche	Unterschiede und deren mögliche Auswirkungen: z. B. Spielsachen, Erziehungsverhalten der Eltern, Schulabschlüsse, Berufswünsche, Berufsausbildung, Benachteiligung und Gleichstellung der Frau (Ausbildung, Arbeitsplatz, Mehrfachbelastung Beruf und Familie), Aufgaben des Mannes in der Familie, das Bild von Frau und Mann in den Medien, in der Werbung

3. Warum leben Familien aus anderen Kulturen anders als wir?

<p>Wertvorstellungen</p>	<p>Einblick in die Lebensweise von Angehörigen anderer Kulturen und den gesellschaftlichen / religiösen Hintergrund der Verschiedenheiten</p>	<p>Mögliches Projekt mit dem Erdkunde- und / oder Religionsunterricht</p>	<p>Möglichst Einbeziehung der Erfahrungen und Kenntnisse ausländischer Mitschüler oder Mitbürger</p>
<p>Grundbegriffe</p>	<p>Einsicht in die Möglichkeiten und Probleme des Zusammenlebens von Menschen verschiedener Kulturen</p>	<p>Experten im Unterricht, (vgl. VV vom 08. 06. 1992, in: Amtsblatt Nr. 12/1992, S. 402) Befragungen, Interviews, Anfertigung einer Ton-/Bildreportage (Projekt)</p>	<p>Entwurf eines Katalogs von Möglichkeiten der Begegnung Kontaktaufnahme mit Organisationen</p>
<p>Methoden</p>	<p>Einblick in die besonderen Aufgaben der Gemeinden für die Sicherung der Lebensgrundlagen</p>	<p>aktuelle Probleme in einer Gemeinde Projekt: Text und Maleremission</p>	<p>Aufarbeitung von Text und Veranstaltung Stellung der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters Mündigkeit / Verantwortung angewandt</p>

2. Thema: **Erziehung und soziales Lernen in der Familie**

Problem / Leitfrage:

**4. Wie kann die Familie geschützt werden?
(Soziale Hilfen – staatliche Eingriffe in die Familie)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	Kenntnis von Hilfen, die Familien oder einzelne Familienmitglieder in Anspruch nehmen können	Fallanalyse Gespräch mit Vertretern einer Beratungsstelle	Beratungsstellen privater und staatlicher Träger: Sorgentelefon, Kinderschutzbund, Jugendamt u. a. Staatliche Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der Familie: Art. 3, 6, 7 GG; Art. 23 – 27 LV (§§ 1297 – 1921 BGB) Beratung – Betreuung – freiwilliger Schutz Einrichtungen für die Familie: Kindertagesstätten, Ganztagschulen, Altenpflege, sozialer Wohnungsbau u. a.
	Kenntnis des Anspruchs von Kindern auf staatlichen Schutz	Experten im Unterricht	UNO-Konvention „Rechte des Kindes“ Verhältnis Elternrecht / Kindesrecht / staatliche Aufsicht Schutzmaßnahmen / Hilfen des Staates in Problemfällen: Gewalt in der Familie, Kindesmißhandlung, sexueller Mißbrauch
Gleichberechtigung	Bereitschaft, das Leben nach Grundsätzen der Gleichberechtigung zu gestalten	Text schreiben: Wie ich mir mein Leben als Ehefrau/mann bzw. Mutter/Vater vorstelle Rollenspiel	Gleichberechtigungsgesetz Gründe für Schwierigkeiten, Gleichberechtigung zu realisieren

3. Thema: **Politische Beteiligung in der Gemeinde, in der Region und im Land Rheinland-Pfalz**

Problem / Leitfrage:

**1. Wie erfüllt die Gemeinde ihre Aufgaben?
(Erwartungen – Knappheit der Mittel)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Gemeinde kommunale Selbstverwal- tung Interesse Gemeinwohl	Einsicht in die Bedeutung des Selbstverwaltungsrechts für die Gemeinden	Erkundung der eigenen Gemeinde: Befragung von Ratsmitgliedern, Umfragen, Auswertung der Lokal- presse, Tagesordnung von Rats- sitzungen	Verschiedene Aufgabenarten: Selbstverwaltungsaufgaben, freie und Pflichtaufgaben, Auftragsangelegenheiten Art. 28 GG Prinzip der Allzuständig- keit der Gemeinden Art. 49 LV/GemO bürgernahe Ent- scheidung, Verantwortlichkeit der Bürger für die lokalen Probleme
	Einblick in die besonderen Auf- gaben der Gemeinde für die Siche- rung der Lebensgrundlagen	aktuelles Problem in einer Gemeinde, Projekt: Müll und Müllvermeidung	umweltbezogene Maßnahmen, z. B. Wasserversorgung, Müll/ Müllverwertung, Lärmschutz, Verkehrsberuhigung
Haushalt	Einblick in die Begrenztheit der Möglichkeiten der Gemeinden zur Finanzierung ihrer Aufgaben	Auswertung des Haushaltsplans einer Gemeinde, Kosten und Folgekosten öffent- licher Einrichtungen z. B. anhand eines Schulneubaus oder eines Schwimmbades	Einnahmen- und Ausgabenstruktur der Gemeinden, Haushaltsplan Knappheit der Mittel Verschuldung
Gemeinderat/ Stadtrat, (Orts-)Bürger- meister/in, Gemeinde- verwaltung	Kenntnis, wer in einer Gemeinde Entscheidungen trifft und wer für ihre Ausführung sorgt	Besuch einer Ratssitzung Rollenspiel zur kommunalen Ent- scheidungsfindung anhand eines aktuellen Problems der Gemeinde	Aufgabenteilung von Rat und Verwaltung Stellung der Bürgermeisterin/ des Bürgermeisters Mandatsträger – Verwaltungs- angestellter

3. Thema: **Politische Beteiligung in der Gemeinde, in der Region und im Land Rheinland-Pfalz**

Problem / Leitfrage:

2. Wie können Bürgerinnen und Bürger in ihrer Gemeinde politisch Einfluß nehmen? (Betroffenheit – Beteiligung)

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Kommunalwahl	Kenntnis des Kommunalwahlverfahrens	Auswertung eines Stimmzettels, Vergleich von Kommunalwahlprogrammen	Gemeinderatswahlen Kreistagswahlen Stadtratswahlen
Mandat Bürgerinitiative	Verständnis der Struktur des kommunalpolitischen Willensbildungsprozesses	Begegnung mit kommunalpolitisch aktiven Bürgern/Bürgerinnen aus Parteien, Bürgerinitiativen oder Vereinen	Rolle der Verwaltung Bereitstellung von Alternativen durch die Parteien Gruppeneinflüsse z. B. Verbände, Vereine, Bürgerinitiativen Legitimationsproblematik Arbeitsweise des Gemeinde-/ Stadtrates Funktion und Problematik der Fraktions- und Ausschußarbeit Eingeschränkte Entscheidungsfreiheit des Rates durch z. B. finanzielle Abhängigkeit von Bund, Land und Kreis
Bürger- versammlung	Überblick über konkrete Mitwirkungsmöglichkeiten innerhalb und außerhalb des Rates	Planspiel/Rollenspiel zu einem ausgewählten Problem der Gemeinde z. B. Baulanderschließung und Umweltschutz	Bürgerversammlungen Leserbriefe Lokalpresse Verwaltungsgericht ehrenamtliches Engagement
Bürger- beteiligung	Bereitschaft zur Nutzung verschiedener Einfluß- und Beteiligungsmöglichkeiten	Schülerbeteiligung an kommunalen Projekten (z. B. Gewässerschutz, Anlage von Biotopen, Müllvermeidung, Einrichtung eines Jugendzentrums)	

Problem / Leitfrage:

**3. Welche Auswirkungen hat das bundesstaatliche Prinzip auf die Menschen in Rheinland-Pfalz?
(Kommunalpolitik – Landespolitik – Bundespolitik)**

Bundesstaat	<p>Bewußtsein der persönlichen Betroffenheit der Schülerinnen und Schüler durch Entscheidungen des Landes</p> <p>Kenntnis wichtiger Aufgabenbereiche eines Bundeslandes</p>	<p>Analyse einer bildungspolitischen Entscheidung</p> <p>Befragung einer zugezogenen Familie, bzw. Fallanalyse</p> <p>Fallanalyse</p>	<p>Bildungswesen: Lehrpläne</p> <p>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</p> <p>Landesverwaltung und -planung</p> <p>Gemeinderecht</p> <p>Abgrenzung zu Kompetenzen von Kreisen / Gemeinden</p> <p>Subsidiaritätsprinzip</p> <p>regionale Wirtschaftsförderung</p> <p>Finanzausgleich</p>
Landtag Landesregierung Ministerpräsident Landtagswahlen	<p>Überblick über die Organe des Landes Rheinland-Pfalz, ihre Bestellung und Funktion</p> <p>Einblick in die Mitwirkung der Bundesländer bei der Gestaltung von Bundespolitik</p>	<p>Erstellen einer Informationstafel</p> <p>Auswertung von Berichten aus den Sitzungen des Bundesrates</p>	<p>Aktuelles landespolitisches Thema</p> <p>Probleme der Finanzierung der Deutschen Einheit durch die Länder o. a. aktuelle Problematik</p>

Siehe dazu auch: BEISPIELE FÜR FÄCHERÜBERGREIFENDEN UNTERRICHT, Seite V und Seite VII, IX

4. Thema: **Recht und Rechtsprechung**

Das Thema kann – je nach Aktualität,

- nach lokalen Gegebenheiten
- eigener Betroffenheit in einem konkreten Fall
- Interesse und Vorwissen der Schülerinnen und Schüler
- Kooperationsmöglichkeiten vor Ort mit einem Gericht

auch in Projektform behandelt werden oder mit besonderen Schwerpunkten versehen werden.

Es kann auch sinnvoll sein, das Thema an einem Schwerpunkt aufzuzäumen, z. B.:

- Ein aktueller Fall aus dem Jugendstrafrecht
- Ein Konflikt in der Gemeinde mit Verwaltungsgerichtsverfahren
- Eine Grundsatzfrage des Rechtssystems wie Asyl oder § 218
- Ein einschlägiges Jugendbuch (als Projekt gemeinsam mit dem Fach Deutsch)

Je nach örtlichen Gegebenheiten kann die Einbeziehung von Fachleuten empfohlen werden:

Richter/in, Anwalt/Anwältin, Jugendpfleger/in . . .

Der Besuch einer Gerichtsverhandlung – wenn auch durch die Notwendigkeit einer Vor- und Nachbereitung sehr zeitintensiv – wird ausdrücklich empfohlen.

Problem / Leitfrage:

**1. Warum regelt jede Gesellschaft Konflikte durch Gesetze und Ordnungen?
(Faustrecht – Rechtsordnung)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	Einsicht, daß weite Teile des Lebens durch gesetzliche Regelungen bestimmt sind	Analyse alltäglicher konflikthafter Situationen aus dem Erfahrungsbereich der Schülerinnen und Schüler	Geschäftsfähigkeit Deliktfähigkeit Strafmündigkeit Volljährigkeit Haftung Jugenschutz; Straßenverkehrsordnung

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Rechtsstaat Rechtsgut Gesetz Gerechtigkeit Menschenrechte	Bewußtsein, daß die Institutionalisierung von Recht für den gesellschaftlichen Frieden und den Schutz der Menschenwürde grundlegend ist	Erschließung an einem Beispiel	Faustrecht Rechtsordnung
Grundgesetz Grundrecht	Einsicht, daß die Grundrechte eine Freiheitsgarantie für den einzelnen darstellen und staatliche Gewalt binden		
Instanz Revision Berufung	Überblick über den Aufbau der Gerichtsbarkeit	Fallstudie: Ausgewähltes Verfahren mit schülernaher Problematik	Instanzenweg: Amts-, Land-, Oberlandes-, Bundesgericht

4. Thema: **Recht und Rechtsprechung**

Gymnasium

Klasse 9

Lernschwerpunkt: 2. Semester

So Gy

Problem / Leitfrage:

2. Wie reagiert die Gesellschaft auf Rechtsbrüche und Streitigkeiten?

Strafprozeß
Zivilprozeß
Kläger
Beklagter
Zeuge
Urteil
Schöffe

Einblick in die Unterschiede
zwischen Zivilprozeß und Straf-
prozeß

Kenntnis des Ablaufs eines Straf-
prozesses oder eines Zivilprozesses
sowie der unterschiedlichen
Funktionen der Beteiligten

Vergleich von Strafprozeß und
Zivilprozeß mit Hilfe von Schemata
oder Verlaufsbeschreibungen

Besuch einer Gerichtsverhandlung
Gespräche mit der Richterin / dem
Richter, der Staatsanwältin / dem
Staatsanwalt
Spiel einiger Phasen innerhalb
einer Verhandlung
Schemata zum Aufbau der Straf-
gerichtsbarkeit und zum Verfah-
rensablauf

z. B. zivilrechtliche und strafrecht-
liche Seite eines Verkehrsunfalls

Strafprozeß: Schuldfeststellung,
öffentliches Interesse, Angeklag-
te(r), Verteidiger/in, Staatsanwalt/
anwältin, Richter/in, Schöffe/in,
Pflichtverteidiger/in
Zivilprozeß: privates Interesse,
Schadensersatz, freiwilliges Ver-
fahren, kein Staatsanwalt, keine
Staatsanwältin
Kläger/in, Beklagte(r), Vergleich,
Urteil; mögliche Beeinträchtigung
des Grundrechts auf Gleichbe-
handlung durch Prozeßdauer und
Kosten beim Zivilprozeß – Prozeß-
kostenhilfe

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
	Einblick in die Verfahrensgrundsätze und in die Rechte der Angeklagten bei Strafprozessen	In Verbindung mit ein Fallbeispiel	z. B. – Verbot der Doppelbestrafung – keine Strafe ohne Gesetz – Verbot der rückwirkenden Bestrafung – Recht auf Gehör (jeweils 103 GG) – Unabhängigkeit der Richter (97 GG)
	Einblick in die Vielfalt von Ursachen für Straftaten	Auswertung des Lebenslaufes eines Straftäters / einer Straftäterin	Untersuchung der Bedeutung der Begriffe Deliktfähigkeit und Strafmündigkeit
	Kenntnis von Strafen bzw. Maßnahmen gegenüber Jugendlichen wie: – Erziehungsmaßnahmen – Zuchtmittel – Jugendstrafe		
Delikt Schuld	Einsicht in den Zusammenhang von Strafmaßnahmen und Strafzielen und deren gesellschaftlicher Wandel		Strafe in verschiedenen Gesellschaften Sühne Vergeltung Abschreckung
Erziehung Wiedereingliederung	Einblick in Sinn, Maßnahmen und Probleme der Resozialisierung	Fallstudien, Berichte über konkrete Resozialisierungsprojekte, Gespräch mit einem Bewährungshelfer	Ursachen von Rückfälligkeit, „Freigänger“ Hafturlaub

Gymnasium

Klasse 9

Zeitrichtwert: 7 Stunden

5. Thema: **Umgang mit Massenmedien**

Das Thema kann auch entsprechend der Unterrichtssituation

- mit einem anderen Thema verknüpft werden (z. B. Politische Beteiligung in der Gemeinde, in der Region und im Land Rheinland-Pfalz)
- mit Schwerpunkt auf der 3. und 4. Leitfrage behandelt werden, wenn die anderen Fragestellungen im Deutschunterricht geleistet wurden (Lehrplan Deutsch, Verstehen von Texten: Sachtexte ab Klasse 7)
- im Rahmen eines fächerübergreifenden Projektes als Beitrag des Faches Sozialkunde eingebracht werden (in Zusammenarbeit mit Deutsch, Religion, Bildende Kunst)

Problem / Leitfrage:

**1. Wie informiere ich mich durch die Medien?
(Fakten – Nachrichten – Meinungen)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Information	Beherrschung elementarer Methoden zur Erschließung von Informationen	Analyse einzelner Nachrichten in einer Tageszeitung oder Nachrichtensendung Erklärung mit Hilfe von Atlanten, Lexika, Lehrbüchern etc. Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Zeitungsverlagen (kostenlose Klassensätze der Tageszeitung für einen bestimmten Zeitraum)	Fachsprache und ihre Entschlüsselung Unbekanntes und seine Erklärung Einzelheiten und ihr Zusammenhang

Problem / Leitfrage:

**2. Werden wir richtig informiert?
(Information – Manipulation)**

Nachricht	Beherrschung einfacher Methoden zur Evaluation von Medieninformationen:	Arbeitsteilige Gruppenarbeit mit verschiedenen Zeitungen, Vergleich verschiedener Nachrichtensendungen	
Kommentar Meinungsbildung Manipulation	– Vergleich verschiedener Zeitungsartikel, Fernseh- oder Rundfunkberichte zum selben Ereignis – Unterscheidung der Wirkungsabsicht von Nachricht und Kommentar	Formulierung, Umformulierung, Kürzung von Nachrichten durch Schüler, Möglichkeit arbeitsgleichen Gruppenunterrichts: Herstellung einer dreiminütigen Nachrichtensendung auf der Basis einer Zeitungsseite. Projekt: Schülerrundfunk	Lehrplan Deutsch, Klasse 9 „bewertender und meinungsbildender Text: Kommentar, auch medienvermittelt“
	Fähigkeit, Fakten und Meinungen, Ist- und Sollaussagen, indirekte Aussagen, Vermutungen zu unterscheiden	In Zusammenarbeit mit Zeitungsverlagen: Schülerinnen und Schüler erstellen eine Seite der Tageszeitung	
Nachrichtenagentur Redaktion	Kenntnis des Weges einer Nachricht vom Ereignis zum Leser bzw. Hörer oder Zuschauer	Besuch einer Zeitungsredaktion oder einer Nachrichtenagentur	
	Bewußtsein, daß unterschiedliche Meinungen zum gleichen Ereignis auf unterschiedlichen Interessen beruhen können		Umweltproblematik in den Medien: Berichterstattung zwischen Beschwichtigung und Panikmache (Umweltkatastrophen)

5. Thema: **Umgang mit Massenmedien**

Problem / Leitfrage:

**3. Wie wirkt sich die veränderte Medienlandschaft auf unser Programmangebot aus?
(Medienfreiheit – Medienmacht)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Pressefreiheit Meinungsvielfalt	Einblick in die Bedeutung der Interessen- und Eigentumsverhältnisse bei den privaten Medienanbietern	Untersuchung von Verflechtungen in einem großen Medienkonzern	Eigentümer / Verleger Redakteur Insertent Medienkonsument
öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten	Kenntnis der Strukturen öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten	Besuch eines Fernseh- oder Hörfunksenders	Aufbau eines öffentlich-rechtlichen Senders, demokratische Kontrolle
Informationsfreiheit	Verständnis der Vor- und Nachteile der öffentlich-rechtlichen und privaten Anbieter	Erarbeitung anhand eines ausgewählten Beispiels, z. B. Gewaltdarstellungen im Nachmittagsprogramm	Kabel- und Satellitensender Urteil des Bvfg zur Grundversorgung
Einschaltquoten	Einsicht in die Grenzen der Pressefreiheit bei Gewaltdarstellungen und bei die Menschenwürde verletzender Berichterstattung		Kampf um Einschaltquoten als Leitprinzip der Programmgestaltung z. B. Kriegsberichterstattung; Verletzung der Menschenwürde von Opfern bei Berichterstattung über Katastrophen
Vierte Gewalt Pressekonzentration Manipulation	Einblick in Chancen und Gefahren der Massenmedien für eine demokratische Willensbildung	Analyse der Einflußmöglichkeiten anhand konkreter Beispiele Vergleich der Darstellung eines Themas in den verschiedenen Medien	Unabhängigkeit der Medien Manipulation der politischen Urteilsbildung Bedeutung der elektronischen Medien für die weltweite Verbreitung demokratischer Ideen

Problem / Leitfrage:

**4. Wie gehen wir mit den neuen Medien vernünftig um?
(Wirklichkeit aus zweiter Hand – persönliche Erfahrung)**

<p>Informationsvielfalt Passive Wahrnehmung Isolation</p>	<p>Einblick in die möglichen Auswirkungen der elektronischen Medien und Kommunikationstechniken für das Leben in der Familie</p>	<p>Erstellung einer Übersicht: elektronische Medien im Alltag der Schülerinnen und Schüler, Untersuchung der Spiel- und Freizeitgewohnheiten</p>	<p>erweiterte Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten: Vielfalt des Programmangebots, Teleshopping, Teleeinkauf, Videospiele Gefahr des Wirklichkeitsentzuges, Isolation</p>
<p>kommunikative Kompetenz</p>	<p>Fähigkeit und Bereitschaft zum selbstbestimmten, vernünftigen Umgang mit den elektronischen Medien</p>	<p>Projekt: sinnvolle Freizeitgestaltung</p>	<p>Voraussetzungen einer kommunikativen Kompetenz: Vorrang persönlicher und sozialer Erfahrung und Handlung vor passiver Wahrnehmung, gezielte Programmauswahl und Nutzung</p>

6. Thema: **Wirtschaft und Umwelt**

Eine Absprache mit dem Fach Erdkunde ist unbedingt erforderlich

Problem / Leitfrage:

1. Welche Rolle spielt die / der Jugendliche im Wirtschaftsgeschehen?

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Konsumenten/ ökonomisches Prinzip	Einblick in das Verhalten von Jugendlichen als Konsumenten	Fragebogen zum Konsumverhalten der Schülerinnen und Schüler	Verschwendung von Gütern
Bedürfnisse Güterknappheit	Einsicht in die Notwendigkeit des Wirtschaftens und der rationalen Verfügung über die knappen Ressourcen	Ökonomische und ökologische Planung einer Veranstaltung, z. B. Schüler-Disko	Luxusbedürfnisse in der Konsumgesellschaft angesichts von Hunger und wirtschaftlicher Not in anderen Ländern
Wirtschafts- subjekt/ Wirtschafts- objekt Kosten Nutzen Umweltverträglichkeit	Bewußtsein, daß Jugendliche Zielgruppen spezifischer Werbung sind Bereitschaft, als kritische Verbraucher Kosten, Nutzen und Umweltverträglichkeit eines Produktes rational abzuwägen	Sammeln von Werbematerial Untersuchung von Werbestrategien zusammen mit Deutsch und/oder Bildender Kunst Besuch einer Verbraucherberatungsstelle	Analyse einer Kaufentscheidung Bedürfnisweckung – tatsächlicher Nutzen

Problem / Leitfrage:

2. Wie können Probleme des Ausgleichs von wirtschaftlicher Freiheit, sozialer Gerechtigkeit, Sicherung der Lebensgrundlagen und Erhaltung der Umwelt geregelt werden?
(Wirtschaftliche Freiheit – soziale Gerechtigkeit)
(Ökonomie – Ökologie)

Markt Betriebe Haushalte Produzenten Verbraucher	Kenntnis eines einfachen Wirtschaftskreislaufmodells		
Angebot Nachfrage	Einsicht in die Preisbildung	Ausgangspunkt: Fallbeispiel, Preisbildung anhand eines typischen, schülernahen Produktes z. B. Taschenrechner	Angebot, Nachfrage Markt, Preis
Tarifaufonomie Tarifpartner	Kenntnis von Möglichkeiten des Interessenausgleichs zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern	Rollenspiel: Tarifverhandlungen Analyse einer Tarifeinsetzung als System friedlicher Konfliktregelung	Vereinigungsfreiheit (Art. 9 GG) Verhandlung, Vermittlung, Schlichtung, Streik, Aussperrung
soziale Marktwirtschaft soziale Sicherheit soziale Gerechtigkeit	Kenntnis wichtiger Aufgabenfelder und Maßnahmen des Staates in der sozialen Marktwirtschaft	Exemplarische Erarbeitung anhand eines aktuellen wirtschafts- oder sozialpolitischen Problems, z. B. Arbeitslosigkeit oder Rolle des Staates bei der wirtschaftlichen Umgestaltung der neuen Bundesländer	Ordnungspolitik Erhaltung des Wettbewerbs Kartell, Kartellamt Sozialpolitik: Absicherung der wichtigsten Lebensrisiken z. B. Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) Soziales Netz

6. Thema: **Wirtschaft und Umwelt**

Problem / Leitfrage:

- 2. Wie können Probleme des Ausgleichs von wirtschaftlicher Freiheit, sozialer Gerechtigkeit, Sicherung der Lebensgrundlagen und Erhaltung der Umwelt geregelt werden?**
(Wirtschaftliche Freiheit – soziale Gerechtigkeit)
(Ökonomie – Ökologie)
- (Fortsetzung)

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Rationalisierung strukturelle Arbeitslosigkeit	Einblick in soziale Probleme, die sich aus Wandlungsprozessen der modernen Industriegesellschaft ergeben	Planspiel z. B. Arbeitslosigkeit: Lösungsstrategien Betriebserkundung Betriebspraktikum	Ausgrenzung sozialer Gruppen aus dem Wirtschaftsgeschehen, Zweidrittelgesellschaft ITG Lehrplanentwurf S. 78: – Rationalisierung und Humanisierung der Arbeitswelt – Gefahren der Bildschirmarbeit – Berufswahl heute
	Verständnis für die Probleme der wirtschaftlichen Umwandlung in den neuen Bundesländern	Fallstudien: Arbeitslose in den neuen Ländern (Ursachen, persönliche Situation, Perspektiven)	
Konjunktur Stabilität Wachstum Umweltschutz	Einblick in die Problematik wirtschaftspolitischer Ziele im Spannungsfeld von Wachstum und Umweltschutz	Erkundungen im regionalen Bereich, Interviews mit politisch Verantwortlichen Planspiel: Ein Industriebetrieb siedelt sich an Zusammenarbeit mit Umweltschutzgruppen	„Magisches Viereck“ Umweltverträglichkeit

7. Thema: **Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland**

Problem / Leitfrage:

1. Welchen Anspruch erhebt das Grundgesetz in seinem Grundrechtsteil?

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Grundrechte Menschenwürde	Kenntnis der Menschenwürde und der Verfassungsgrundsätze als zentrale Merkmale unserer Demokratie	möglichst aktuelle, schülernahe Problemstellung und Beispiele	GG Art. 1 und 20 KPD-Urteil 1956 z. B. GG Art. 3 Abs. 2
Gleichberechtigung Datenschutz	Bereitschaft, Verfassungsanspruch und Lebenswirklichkeit kritisch zu überprüfen	Interview mit der Frauenbeauftragten des Kreises / der Stadt ITG-Intensivtag „Datenverarbeitung und Datenschutz“	Benachteiligung von Frauen ITG: Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung / Urteil des BVerfGerichts zur Volkszählung

7. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland

Problem / Leitfrage:

**2. Wie funktioniert unser Wahlrecht?
(Effizienz – Handlungsfähigkeit)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Volks-souveränität Repräsentation Innerparteiliche Demokratie	Einblick in den Verfahrensablauf bei der Kandidatenaufstellung der Parteien	Planspiel / Rollenspiel Kandidatenaufstellung, Auswertung von Wahlkampfmaterial	Aufgaben der Parteien nach dem Parteiengesetz Parteiengesetz: Mitgliederversammlung, Delegierte
Partizipation	Einblick in Methoden und Ziele des Wahlkampfes Unterscheidung von Mehrheits- und Verhältniswahlrecht Kenntnis wichtiger Auswirkungen beider Wahlsysteme	Bei anstehenden Wahlen: Durchführung eines Unterrichtsprojektes in Kooperation mit dem Fach Bildende Kunst und Deutsch ggf. auch in Zusammenarbeit mit dem Fach Mathematik	Wahlrechtsgrundsätze (Art. 38 GG) Auszählungsverfahren, Fünf-prozentklausel
Personalisiertes Verhältniswahlrecht	Kenntnis der Rolle der Erst- bzw. Zweitstimme bei der Bundestagswahl		Kanzlerwahl (Art. 63 GG) Koalitionsvereinbarungen Regierungserklärung
Erststimme Zweitstimme Regierungs- parteien Koalition		Auswertung aktueller Wahlergebnisse Rollenspiel: Koalitionsverhandlungen	

Problem / Leitfrage:

**3. Wer wirkt bei der politischen Willensbildung und der Gesetzgebung mit?
(Interessenpluralität – politische Entscheidungen)**

Partei- programme	Einblick in kontroverse Auffassungen und Standpunkte zu einem Gesetzesvorhaben	Der Gegenstand des Gesetzes sollte möglichst aktuell, schüler- nah und überschaubar sein (z. B. Tempolimit)	
Parteien politische Willensbildung	Einblick in die Funktion der Parteien bei der politischen Willens- bildung	Parteienhearing: Einladung von Jugendvertretern der verschiedenen Parteien, Befragung zu ausgewählten Sachthemen	Willensbildungsfunktion Programmfunktion Repräsentationsfunktion
	Kenntnis von Zielsetzungen und Methoden extremistischer Gruppen und Fähigkeit und Bereitschaft, sie nach demokratischen Grund- werten zu beurteilen	Untersuchung von Situationen, in denen sich extreme Einstellungen zur Lösung politischer Fragen widerspiegeln, z. B. Arbeitslosigkeit, Unterbringung von Asyl- bewerbern	Politikverdrossenheit
Interessen- verbände	Kenntnis der Einflußmöglichkeiten von Verbandsinteressen	Anfertigung einer Wandzeitung zu einem kontroversen Thema	Lobby/kanalisierte Interessen Sachverstand der Verbände, Vernachlässigung nichtorganisierter Interessen (z. B. Kinder, Familien)
	Überblick über Vor- und Nachteile des Verbandseinflusses	Rollenspiel: Veranstaltung eines „Hearings“ kontroverser Positionen	

7. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland

Problem / Leitfrage:

**3. Wer wirkt bei der politischen Willensbildung und der Gesetzgebung mit?
(Interessenpluralität – politische Entscheidungen)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Bundesregierung Bundestag Bundesrat Landtag Föderalismus	Kenntnis des Ablaufes eines Gesetzgebungsverfahrens Kenntnis der Beteiligten und der Art ihrer Mitwirkung	Besuch einer Bundestags- oder Landtagsdebatte / Gespräche mit Abgeordneten	Fraktionen, Plenum und Ausschüsse, Hearing Konkurrierende Gesetzgebung, Kompetenzen des Landes
Partizipation	Einblick in weitere Möglichkeiten und Grenzen politischer Partizipation	Anknüpfung an das dritte Lehrplanthema	Briefe an Abgeordnete, an den Bürgerbeauftragten und an den Petitionsausschuß; Unterschriftensammlung; Bürgerinitiativen; Demonstrationen
Petitionsausschuß	Fähigkeit und Bereitschaft zur Mitwirkung im Prozeß der politischen Willensbildung	Projekt: Die Schülerinnen und Schüler versuchen, ein sie betreffendes Problem, z. B. Müllvermeidung, durch politisches Handeln einer Lösung näherzubringen	

4. Wie kann die Regierung wirksam kontrolliert werden?

<p>Abgeordnete(r) Fraktion</p>	<p>Kenntnis der Organisation und Arbeitsweise der Fraktionen</p>	<p>Auswertung des Terminkalenders einer / eines Abgeordneten</p>	
<p>Gewissens- entscheid</p>	<p>Einblick in die Stellung der Abgeordneten</p>		
	<p>Einblick in die berufsbezogene und geschlechtsspezifische Zusammensetzung von Parlamenten</p>		<p>Anteil der Berufe aus dem öffentlichen Dienst Repräsentation von Frauen; Quotenregelung z. B. Doppelbelastung, traditionelle Rollenmuster</p>
<p>Fraktions- disziplin</p>	<p>Einblick in das Spannungsverhältnis von Fraktionsdisziplin und der Maßgabe des Art. 38 GG</p>	<p>aktuelle Beispiele knapper Parlamentsmehrheiten Rollenspiel: Ablauf einer Fraktions-sitzung zu einem kontroversen Thema</p>	<p>Art. 35 und 21 GG</p>
<p>Opposition</p>	<p>Verständnis oppositionellen Verhaltens als Grundrecht einer demokratischen Ordnung</p>		<p>Aufgaben der Opposition: – sachliche und personelle Alternative – Kritik und Kontrolle der Regierung</p>
	<p>Überblick über wichtige Handlungsmöglichkeiten der Opposition im Parlament als Voraussetzung für eine wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgabe</p>	<p>Analyse aktueller Zeitungsberichte oder Fernsehausschnitte</p>	<p>Geschäftsordnungen Debatte Kleine, Große Anfrage Fragestunde Untersuchungsausschuß</p>
<p>Checks and Balances Gewaltenteilung Legislative Exekutive Judikative</p>	<p>Verständnis wesentlicher Elemente der Gewaltenteilung und -verschränkung</p>		<p>z. B. Föderalismus / „klassische“ Gewaltenteilung; vertikale / horizontale – formelle / informelle Gewaltenteilung</p>
			<p>Anknüpfung an Geschichte, Stoffbereich 12</p>

7. Thema: Die politische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland

Problem / Leitfrage:

**5. Wie kann das vereinte Deutschland die Probleme der Integration bewältigen?
(Wirtschaftlicher Aufbau – soziale Gerechtigkeit – ökologische Vernunft)**

Die Themenabfolge muß mit dem Fach Geschichte (Stoffbereich 23) abgestimmt werden. Das Ausmaß der zu bewältigenden politischen Probleme und die Aktualität des Themas zum jeweiligen Zeitpunkt der Behandlung im Unterricht sollten ausschlaggebend für den gewählten Stundenansatz sein.

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Kollektiv real existierender Sozialismus	Einblick in die wesentlichen Ziele, Methoden und Organisationen des sozialistischen Systems der DDR	Die Erarbeitung sollte möglichst schülernah, d. h. am Beispiel der Jugendpolitik der DDR erfolgen	FDJ als Jugendorganisation der SED; sozialistische Persönlichkeit; Führungsanspruch der SED als eine Folge der marxistisch-leninistischen Ideologie
Herrschaftssicherung	Kenntnis von Formen politischer Unterdrückung in der DDR	Fallbeispiele für die Mißachtung von Menschenrechten Kooperation mit dem Fach Deutsch; DDR-Literatur zum Thema	z. B. Ministerium für Staatssicherheit
friedliche Revolution	Verständnis der wichtigsten internationalen und nationalen Ursachen für das Ende der DDR	Geschichte Stoffbereich 23, Deutschland nach 1945	Multikausalität: Versagen des gesamten Systems der DDR; Politik Gorbatschows; Rolle der Bundesregierung; Verhalten der Westmächte; Grenzöffnung durch Ungarn
	Einblick in Formen oppositionellen Verhaltens der DDR-Bürgerinnen und Bürger als Protest gegen das politische System		Rolle der Kirchen „Wir sind das Volk“ – „Wir sind ein Volk“

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
<p>Zentralverwaltungswirtschaft</p> <p>Soziale Marktwirtschaft</p>	<p>Einblick in das Ausmaß der zu bewältigenden Aufgaben und entstehenden Schwierigkeiten</p>	<p>Projektmethode an Hand eines ausgewählten Bereichs, z. B. in Kooperation mit Erdkunde 10/1 „Strukturwandel im Wirtschaftsraum Deutschland“ „Umweltschutz“</p>	<p>Mögliche Aufgabenbereiche: Wirtschaft, Umwelt, Infrastruktur, Rechtsprechung, Eigentumsverhältnisse, Denkweisen, Wohnungsnot</p>
<p>Solidarität</p>	<p>Verständnis für die Bemühungen, die Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland grundlegend zu verbessern</p> <p>Bewußtsein, daß der Abbau von Vorurteilen Voraussetzung des Zusammenwachsens ist</p>	<p>Analyse von Einzelschicksalen Lektüre von Jugendbüchern</p> <p>Begegnungen / Austausch mit Gleichaltrigen aus den neuen Bundesländern</p>	<p>historische, moralische und rechtliche Verpflichtungen, politische Vernunft, Art. 104 und 107 GG; Einigungsvertrag</p> <p>Abbau „der Mauer in den Köpfen“ Brune, Joachim et al.: „... aber die Mauern bauen die Menschen sich selbst ...“ 1000 Schülerinnen und Schüler aus Rheinland-Pfalz und Thüringen äußern sich zur Deutschen Einheit. Hg.: Staatliches Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz und Thüringer Institut für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien. Speyer und Arnstadt 1992</p>

8. Thema: **Der Prozeß der europäischen Einigung**

Eine Absprache mit den Fächern Erdkunde und Geschichte ist erforderlich

Problem / Leitfrage:

**1. Welche Bedeutung hat der europäische Einigungsprozeß für das Leben der Menschen in Europa?
(Nationale Souveränität – supranationale Kompetenz)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Europäische Gemeinschaft Römische Verträge	Überblick über Ziele, Institutionen und Akteure der EG	Möglichkeit eines fächerübergreifenden Projektes „Umweltschutz“: Notwendigkeit internationaler Regelungen	Geschichte: Stoffbereich 24 Erdkunde 10.2
Europäisches Parlament Ministerrat EG-Kommission Europäischer Gerichtshof	Einblick in die Entscheidungsbefugnisse europäischer Institutionen	Besuch von EG-Institutionen, Gespräche mit Abgeordneten des Europäischen Parlaments	Eingeschränkte legislative Funktion des Europäischen Parlaments
Integration	Kenntnis des aktuellen Standes der politischen und wirtschaftlichen Integration	Erstellung einer Übersicht als Wandzeitung	Maastrichter Verträge Bedingungen der Integration

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Binnenmarkt Wirtschafts-, Währungsunion politische Union	Einblick in die Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes auf die persönliche Lebenssituation der Menschen	Materialsammlung: Europäische Austauschprogramme für Schülerinnen und Schüler und Studentinnen und Studenten	Ausbildung, Studium, Arbeitsplätze, Freizügigkeit, gemeinsame Währung, Tourismus
nationale Souveränität	Einblick in Probleme und Chancen, die durch Aufgabe nationaler Souveränität entstehen	Erarbeitung anhand eines aktuellen, in der EG kontrovers diskutierten Problems, z. B. Asyl	Nationale Egoismen, Akzeptanz der europäischen Integration, Subsidiaritätsprinzip
supranationale Kompetenz	Einsicht in die Notwendigkeit bindender gemeinsamer Regelungen und Strukturen	Rollenspiel: verschiedene Staaten der EG versuchen ein gemeinsames Problem zu lösen, z. B. Nordseeverschmutzung	Notwendigkeit gemeinsamer Umweltschutzmaßnahmen z. B. Waldsterben oder Wasserverschmutzung

Problem / Leitfrage:

2. Welchen Beitrag zur internationalen Verständigung kann die EG leisten?

Assoziierung	Überblick über Chancen und Probleme einer Erweiterung der EG	Untersuchung anhand eines ausgewählten ost- oder südosteuropäischen Staates	„Festung Europa“, Integration der ost- und südosteuropäischen Staaten
	Einblick in die Rolle der EG in der sich verändernden internationalen Politik	Analyse des Verhaltens der EG in einem internationalen Konflikt (z. B. im Golfkrieg oder im Jugoslawienkonflikt)	EG-Politik gegenüber den westlichen Industriestaaten und gegenüber der Dritten Welt Vgl. Erdkunde 10.3.1; 10.3.2 und 10.4.2

Siehe dazu auch: BEISPIELE FÜR FÄCHERÜBERGREIFENDEN UNTERRICHT, Seite VII, VIII, X, XII

9. Thema: **Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik**

Problem / Leitfrage:

**1. Können internationale Konflikte gerecht geregelt werden?
(Interessen-Konflikt)**

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Interessen Konflikt	Überblick über Nachrichten zu einem aktuellen internationalen Konflikt	Auswertung von Tageszeitungen, Nachrichtensendungen etc. über mehrere Tage hinaus	Konfliktanalyse z. B. des Nahost-Konfliktes
Gewalt / indirekte Gewalt Krieg / Frieden	Einblick in Konfliktursachen, Handlungen und Interessen der unmittelbar und mittelbar Beteiligten Einblick in Zusammenhänge zwischen lokalen/regionalen Konflikten und überregionalen Interessen bzw. Konfliktfeldern	Erstellung einer Wandzeitung	politische, ideologische, wirtschaftliche, religiöse Motive (z. B. Fundamentalismus), Gefahr weltweiter Eskalation, Nord-Süd-Konflikt
Vereinte Nationen (UN) kollektive Sicherheit	Kenntnis der Organe, des Aufbaus und der Funktion der UNO Verständnis der Effizienz bzw. Unfähigkeit der UNO bei der Lösung internationaler Konflikte	Analyse anhand eines ausgewählten Konfliktes	Vollversammlung, Generalsekretär, Sicherheitsrat, UNO als Forum der Weltöffentlichkeit Vetorecht Vetorecht als Blockademittel, Mißachtung der Beschlüsse durch einzelne Staaten „Blauhelme“, Truppeneinsatz im Auftrag der UN
UN-Menschenrechtserklärung	Einblick in das Ausmaß weltweiter Menschenrechtsverletzungen	Zusammenarbeit mit Menschenrechtsorganisationen Fallstudien	politische Verfolgung, Folter, Vertreibung, staatlicher Mord UN-Flüchtlingskommissar
Völkerrecht	Einsicht in das Spannungsverhältnis von Macht und Recht in der internationalen Politik	Anknüpfungsmöglichkeit an Ergebnisse der Unterrichtsreihe „Recht und Rechtsprechung“	Internationaler Gerichtshof Bemühungen der UN, Menschenrechtsverletzungen international zu ahnden

2. Wie können Frieden und Sicherheit im internationalen Rahmen erreicht werden?

Konfrontation	Einblick in unterschiedliche sicherheitspolitische Konzepte	Erarbeitung anhand aktueller Materialien und Vorgänge	Politik der Abschreckung, politische Entspannung, militärische Verteidigung
Kooperation Abrüstung	Einblick in die Funktion von Militärbündnissen	fächerübergreifendes Projekt „Frieden“	Geschichte, Stoffbereich 25 Aspekte: „kollektive Sicherheit“ Auflösung des Warschauer Paktes, Aufgabenveränderung bzw. Aufgabenerweiterung der NATO
vertrauensbildende Maßnahmen	Kenntnis der Ziele, Verfahrensweisen und Probleme von Abrüstungspolitik	Anknüpfung an aktuelle Vorgänge, z. B. Truppenabzug in Rheinland-Pfalz (Konversion)	Geschichte, Stoffbereich 25 Rüstungskontrolle, Rüstungsbegrenzung, Rüstungsverminderung, Abrüstung. Vertrag über die Nichtverteilung (Proliferation) von Atomwaffen Verifikation
KSZE-Prozess Kooperation	Überblick über Fortschritte und Hindernisse im Aufbau von Frieden, Sicherheit, Gerechtigkeit und Zusammenarbeit im gesamteuropäischen Rahmen	Untersuchung der Rolle der KSZE in einem regionalen oder überregionalen Konflikt	Schlußakte von Helsinki, Folgekonferenzen (KVAE / VKSE) Pariser Charta 1990 (Ende des Ost-West-Konflikts) Konfliktregelungsinstrumentarien der KSZE Folgen des Auseinanderbrechens der ehemaligen UdSSR
	Einsicht in wesentliche Bedingungen einer wirksamen Friedenspolitik	Diskussion mit Vertretern von Friedensinitiativen Lektüre von Jugendbüchern zum Thema	unterschiedliche Friedensbegriffe, Friedensforschung Elemente einer Friedenspolitik, z. B. – Abbau von Feindbildern – Abbau sozialer Ungerechtigkeit – Akzeptanz von Institutionen gewaltfreier Konfliktregelung

9. Thema: **Friedenssicherung als Aufgabe internationaler Politik**

Problem / Leitfrage:

3. Welche Bedeutung haben Wehrdienst und Ersatzdienst für Frieden und Sicherheit?

Grundbegriffe	empfohlene Teilziele	methodische Anregungen	zusätzliche Hinweise für den Unterricht
Wehrpflicht	Kenntnis der aktuellen Rolle der Bundeswehr im Rahmen der internationalen Sicherheitspolitik	Begegnung mit dem Jugendoffizier und Ersatzdienstleistenden	Auftrag der Bundeswehr
Grundrecht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen	Verständnis der allgemeinen Wehrpflicht als eine von der Verfassung legitimierte Grundpflicht Verständnis des Grundrechts auf Verweigerung des Dienstes mit der Waffe als individuelle, im Gewissen begründete Entscheidung	Diskussion evtl. in Kooperation mit Religion/Ethik	GG Art. 4, Ab. 3 Leitsätze aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. 04. 1978

